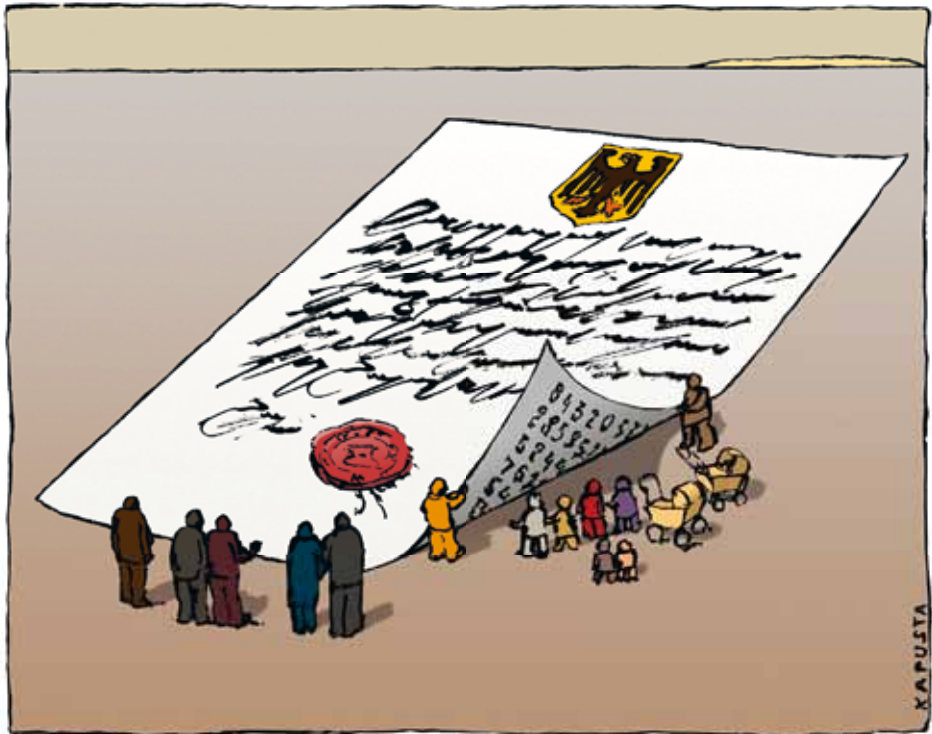


# Deutsche Fragen

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken  
und des Ostdeutschen Bankenverbandes



**Haushalt, Rente, Bildung:  
Ist der Generationenvertrag  
noch gültig?**



Seit 1998 lädt der Bankenverband zum gesellschaftspolitischen Dialog im Rahmen der Symposienreihe „Deutsche Fragen“ ein. Aktuelle wirtschaftspolitische Entwicklungen stehen dabei ebenso auf der Tagesordnung wie die Frage nach grundlegenden Werten unserer Gesellschaft. Die Veranstaltungen finden abwechselnd in den einzelnen Bundesländern statt. So stand beim 19. Symposium am 26. Januar 2010 in Dresden das Thema Generationengerechtigkeit im Mittelpunkt. Auf dem Podium diskutierten (v.l.n.r.): Prof. Axel Börsch-Supan, Ph.D., Direktor des Mannheim Research Institute for the Economics of Aging, Carsten Schneider, Haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Manuel Hartung, Chefredakteur „Zeit Campus“, Prof. Dr.-Ing. Georg Unland, Sächsischer Staatsminister der Finanzen, und Prof. Dr. Manfred Weber, Geschäftsführender Vorstand des Bundesverbandes deutscher Banken.

## **Deutsche Fragen**

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken  
und des Ostdeutschen Bankenverbandes

**Haushalt, Rente, Bildung:  
Ist der Generationenvertrag  
noch gültig?**

Medienpartner:

**Deutschlandfunk**

*Inhalt*

<b>Vorwort</b> .....	6
<i>Prof. Dr. Manfred Weber</i>	
<b>Der Generationenvertrag – eine Gleichung mit Zukunft?</b> .....	9
<i>Prof. Dr.-Ing. Georg Unland</i>	
<b>Chancengerechtigkeit durch nachhaltige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik</b> .....	17
<b>Diskussion</b> .....	26
<i>Prof. Axel Börsch-Supan, Ph. D. Carsten Schneider MdB Prof. Dr.-Ing. Georg Unland Prof. Dr. Manfred Weber Moderation: Manuel Hartung</i>	
<i>Prof. Dr. Manfred Weber</i>	
<b>Schlusswort</b> .....	70
<b>Umfrage zur Generationengerechtigkeit</b> .....	72
<b>Kurzbiographien der Redner und Gastgeber</b> .....	77
<b>Teilnehmer des Symposiums</b> .....	80

## Vorwort

Deutschland steht nicht vor einem Generationenkonflikt. Allerdings könnten – mit Blick auf die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Haushalte – die Interessengegensätze zwischen Jung und Alt künftig zunehmen, so das Ergebnis einer repräsentativen Meinungsumfrage im Auftrag des Bankenverbandes vom September 2009.

In den letzten Jahren ist in der Rentenversicherung immer offenkundiger geworden, dass die gesetzliche Rente allein das individuelle Wohlstandsniveau der Bürger im Alter nicht mehr garantieren kann. Außerdem erhöht die hohe Verschuldung des Staates den politischen Handlungsdruck, denn die damit verbundene Lastenverschiebung in die Zukunft wird immer mehr zu einer Frage der Generationengerechtigkeit.

Diese gesellschaftspolitischen Themen standen im Mittelpunkt des 19. Symposiums „Haushalt, Rente, Bildung: Ist der Generationenvertrag noch gültig?“, zu dem der Bundesverband deutscher Banken und der Ostdeutsche Bankenverband in der Reihe „Deutsche Fragen“ am 26. Januar 2010 nach Dresden eingeladen hatten.

Damit der zwar ungeschriebene, für unser Gemeinwesen gleichwohl unverzichtbare Vertrag zwischen den Generationen auch in Zukunft erfüllt werden kann, bedarf es konsequenter Reformen. In der Finanzpolitik lautet – mit der im Grundgesetz nunmehr festgeschriebenen Schuldenbremse mehr denn je – das Ziel, die Haushalte mittelfristig zu konsolidieren und langfristig die Staatsverschuldung abzubauen. Die Rentenpolitik darf nicht weiterhin „die Gegenwart verherrlichen und die Zukunft vernachlässigen“, wie Altbundespräsident Richard von Weizsäcker es formuliert hat. Nachdem in den letzten Jahren verschiedene Instrumente zur Abfederung der Auswirkungen des demographischen Wandels geschaffen wurden, müssen

sie nun auch tatsächlich angewendet werden. Dazu zählt auch die Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge. Diese Prinzipien schließlich ebenso in der Kranken- und Pflegeversicherung umzusetzen steht ohnehin noch aus.

Zum Generationenvertrag gehört neben den genannten Politikfeldern auch die Bildungspolitik. Bildungsinvestitionen sind nicht nur die Voraussetzung für die junge Generation, ihre persönlichen Lebenschancen zu verwirklichen. Sie sind auch Bedingung für Innovation, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Am Beispiel Bildung wird deutlich: Generationengerecht ist, was Deutschland insgesamt voranbringt.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Manfred Weber', written in a cursive style.

Prof. Dr. Manfred Weber  
Geschäftsführender Vorstand  
Bundesverband deutscher Banken

## Der Generationenvertrag – eine Gleichung mit Zukunft?

Herr Landtagspräsident, Herr Staatsminister,  
meine Damen und Herren Abgeordnete,  
meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

„Natürlich verstoßen Schulden gegen die Generationengerechtigkeit“, so Peer Steinbrück in der Weihnachtsausgabe 2009 des „Rheinischen Merkur“. Und der Finanzminister der Großen Koalition weiter: „Wenn ich im Alter zwischen 18 und 30 wäre, würde ich gelegentlich mit Protestplakaten durch die Gegend laufen.“

Ein Glück, möchte man sagen, dass solche Konflikte zwischen Jung und Alt in der Wahrnehmung der Deutschen bislang nur eine untergeordnete Rolle spielen. Allerdings: Schon heute sehen viele Bürger dem künftigen Verhältnis zwischen den Generationen mit einiger Besorgnis entgegen – nämlich beim Gedanken an die sozialen Sicherungssysteme. Das zeigt eine repräsentative Meinungsumfrage im Auftrag des Bankenverbandes sehr deutlich. So gaben im Dezember 2009 sechs von zehn Befragten an, dass sie angesichts der Finanzierungsprobleme in der Renten- und Krankenversicherung künftig größere Konflikte zwischen den Generationen erwarten.\*

Eine realistische Einschätzung, wie ich meine, denn auf absehbar weniger Steuer- und Beitragszahler kommen mehr Staatsschulden und höhere Kosten bei den Sozialversicherungen zu. Es scheint daher mehr als fraglich, ob künftige Generationen diese Last schultern wollen beziehungsweise können. Und deshalb die Frage: Wo müssen wir umsteuern, damit dies dennoch gelingt? Wie kommen Investitionen den Leistungs-



*Prof. Dr. Manfred Weber,  
Geschäftsführender Vorstand  
des Bankenverbandes*

\* Ergebnisse der Umfrage auf Seite 72.

**Der Generationenvertrag – eine Gleichung mit Zukunft?**

trägern von morgen am ehesten zugute? Oder haben wir – pointiert formuliert – den gesellschaftlichen Konsens zwischen Jung und Alt längst stillschweigend gekündigt?

Hierüber wollen wir heute Abend diskutieren. Und dazu begrüße ich zunächst den Sächsischen Staatsminister der Finanzen, Herrn Professor Georg Unland. Herzlichen Dank, Herr Staatsminister, dass Sie heute Abend bei uns sind. Des Weiteren heiße ich Herrn Professor Börsch-Supan herzlich

*Es scheint mehr als fraglich,  
ob künftige Generationen diese  
Last schultern können.*

willkommen, den Direktor des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und demographischer Wandel, und Herrn Carsten Schneider, den Haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Als Moderator der Diskussion begrüße ich Herrn Manuel Hartung, den Chefredakteur des Magazins „Zeit Campus“. Ihnen allen danke ich, auch im Namen unseres Mitveranstalters – des Ostdeutschen Bankenverbandes – schon jetzt für Ihr Mitwirken.

Meine Damen und Herren, „Haushalt, Rente, Bildung“ – diesen Dreiklang haben wir in unserer Einladung bewusst gesetzt. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und die Problematik der Altersvorsorge

*Wir wollen die Debatte über  
den Generationenvertrag um  
das Thema Bildung erweitern.*

werden im Kontext der Generationengerechtigkeit ja bereits seit längerem diskutiert. Wir wollen heute jedoch die Debatte über den Generationenvertrag um das

Thema Bildung erweitern – ein Thema, bei dem man gerade hierzulande recht erfolgreich gewesen ist.

Wenn es nicht etwas vermessen klänge, würde man sagen: „Sachsen, setzen – glatte Eins!“ Etwas nüchterner formuliert: Die Ergebnisse des letzten PISA-Tests zeigen, dass die Bildungspolitik zweierlei im Blick haben muss: die Zukunft künftiger Generationen,



aber auch die Zukunft des Landes insgesamt. Denn wenn wir heute nicht in Bildung investieren, werden wir morgen im internationalen Wettbewerb nicht bestehen, mit allen Konsequenzen für die Konjunktur, den Arbeitsmarkt und – da schließt sich dann der Kreis – mit allen Konsequenzen auch für die Steuereinnahmen und die sozialen Sicherungssysteme.

*Wenn wir heute nicht in Bildung investieren, werden wir morgen im Wettbewerb nicht bestehen.*

Mehr Geld sollten wir tunlichst in die Köpfe der jungen Leute investieren. Allerdings erfordert der Zustand vieler Schulgebäude, dass wir auch ganz traditionell einige „Investitionen in Beton“ werden tätigen müssen.

Ebenso gehört zu einer besseren Bildung meiner Meinung nach die Vermittlung von Wirtschaftswissen. Es kommt nicht von ungefähr, dass der Bankenverband seit vielen Jahren für ein eigenständiges Schulfach Wirtschaft eintritt. Auch Sachsens Ministerpräsident hat ja im Vorfeld des ersten Bildungsgipfels hier in Dresden genau das gefordert. Wie notwendig Bildungsinvestitionen sind, das zeigt auch eine Studie der Bertelsmann Stiftung und des ifo Instituts: Nach deren Berechnung entgehen Deutschland infolge unzureichender Bildung in den kommenden 80 Jahren 2,8 Bio €.

*Deutschland entgehen infolge unzureichender Bildung in den kommenden 80 Jahren 2,8 Bio €.*

Nun will niemand den Propheten spielen, und 80 Jahre sind eine lange Zeit. Nehmen wir es denn als Modellrechnung, die uns einen Hinweis darauf gibt, was im ungünstigsten Fall passieren kann. Der Grund jedenfalls für die schlechte Prognose ist ganz einfach: Momentan erreicht jeder fünfte Jugendliche im Alter von 15 Jahren bei den elementaren Fähigkeiten wie Lesen und Schreiben höchstens Grundschulniveau. Der Start ins Berufsleben fällt den Betroffenen entsprechend schwer.

Die Studie weist den so eintretenden „Bildungsverlust“ auch für die einzelnen Bundesländer aus. Die gute Nachricht für Sachsen: Im Vergleich aller Flächenländer verliert das Land am wenigsten. Die schlechte Nachricht: Es sind immerhin 67 Mrd € – umgerechnet auf jeden Einwohner fast 16.200 €.

Und es gibt, meine Damen und Herren, eine weitere unbequeme Zahl, die sogar noch größer ist: Fast 20.300 € Schulden hat jeder Einzelne von uns zu Beginn des Jahres 2010 – nämlich die Schulden der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden umgerechnet pro Kopf. Und

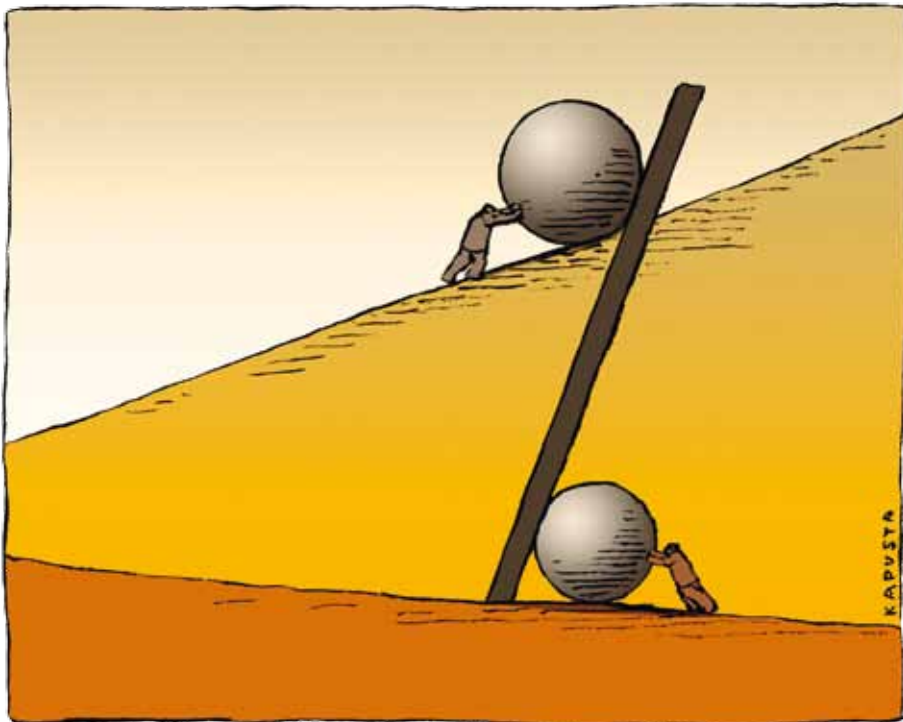
*Die Hypothek der öffentlichen  
Schulden fährt sozusagen auch  
in jedem Kinderwagen mit.*

diese Hypothek fährt sozusagen auch in jedem Kinderwagen auf der Straße mit. Noch schlimmer: Es ist eigentlich nur die halbe Wahrheit, denn in dieser Zahl spiegelt sich nur die so genannte ausgewiesene, die explizite Staatsverschuldung. Nicht darin enthalten sind Verpflichtungen, die der Staat darüber hinaus eingegangen ist, ohne dass er bereits für die notwendige Deckung gesorgt hätte – die implizite Staatsverschuldung.

Im Jahre 2007, also vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise, lag die Pro-Kopf-Verschuldung bei knapp 19.000 €. Schon damals litt Deutschland an einer dauerhaft nicht tragbaren Schuldenlast. Die zunehmende Verschuldung des Staates erhöht also nicht nur den Handlungsdruck der Politik. Die Verschiebung immenser Finanzlasten in die Zukunft wird immer mehr auch zu einer Frage der Generationengerechtigkeit. Dringend erforderlich ist deshalb ein klares haushalts- und finanzpolitisches Konzept: Wie kann das aktuelle Defizit abgebaut werden?

Erst vor wenigen Tagen hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im Bundestag erklärt: „Diese Aufgabe wird mit den herkömm-

*Die Verschiebung immenser Finanzlasten in die Zukunft wird immer mehr auch zu einer Frage der Generationengerechtigkeit. (Manfred Weber)*



lichen haushalterischen Maßnahmen nicht zu bewältigen sein.“ Ziel muss es jedenfalls sein, die Maastricht-Kriterien, die auch für die Stabilität des Euros so wichtig sind, sobald wie möglich wieder einzuhalten. Strikte Ausgabendisziplin – so lautet also das Gebot, sobald sich die Konjunktur ausreichend stabilisiert hat.

*Strikte Ausgabendisziplin lautet das Gebot, sobald sich die Konjunktur ausreichend stabilisiert hat.*

Disziplinierend kann dabei – wie übrigens auch in der aktuellen Diskussion über die Steuer- und Finanzpolitik – die nunmehr im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse wirken. Allerdings kann sie dies nur, wenn ihre Vorgaben auch ernst genommen werden. Das heißt beispielsweise für den Bund, dass er sein Haushaltsdefizit bis 2016 jedes Jahr um 10 Mrd € verringern muss. Für die Länder bedeutet die Schuldenbremse: Sie dürfen schlicht und ergreifend ab 2020 gar keine neuen Schulden mehr machen.

Hier in Sachsen haben Sie sich, Herr Staatsminister, schon 2009 dem Ausgleich zwischen den Generationen verpflichtet. Mit einem „Haushalt der Generationengerechtigkeit“ streben Sie dieses Ziel an. Dazu gehört auch der so genannte Generationenfonds, mit dem – seit letztem Jahr noch verstärkt – Schritt um Schritt für alle Pensionsverpflichtungen der sächsischen Beamten vorgesorgt wird. Und was Sie für die sächsischen Beamten als richtig erkannt haben, brauchen wir meiner Meinung nach auch für die Altersvorsorge aller Bürger.

*Was für die sächsischen Beamten als richtig erkannt wurde, brauchen wir für alle Bürger.*

Zugegeben, die Kapitaldeckung löst längst nicht alle Probleme, aber sie ist eine dringend nötige Ergänzung der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente. Die Konsequenz für die Politik muss daher lauten: die

Rentenreformen der zurückliegenden Jahre konsequent zu Ende führen – und nicht der Echternacher Springprozession Konkurrenz machen: zwei Schritte vor, einen zurück.

Was meine ich damit? Zuerst wurde ein Riester-Faktor und dann noch ein demographischer Faktor in die Rentenformel eingebaut. Beide sollten die Kosten der Rentenkasse für die Beitragszahler und den Bund in Grenzen halten. Und dann wurde im Mai letzten Jahres kurzerhand die Höhe der Renten garantiert. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ nennt das „Fummeln an der Formel“. Im Ergebnis kostet es dann eben doch jemanden etwas – und zwar die jungen Leute, die das erst noch erwirtschaften müssen.

*Die Politik muss die Rentenreformen der zurückliegenden Jahre konsequent zu Ende führen.*

Aber auch ohne diese Inkonsequenz steht außer Frage, um den Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung zu zitieren: „Die gesetzliche Rente wird alleine nicht ausreichen, um den Lebensstandard im Alter zu sichern.“

Was wir daher brauchen, meine Damen und Herren, ist ein neuer Schub für die kapitalgedeckte Altersvorsorge. Und damit meine ich ganz konkret: Erstens, alle Erwerbstätigen, wirklich alle, müssen Zugang zur steuerlich geförderten Altersvorsorge bekommen. Zweitens, die Anreize für junge Arbeitnehmer und Geringverdiener, selbst vorzusorgen, müssen verbessert werden. Schließlich muss drittens die betriebliche Altersvorsorge für kleine und mittlere Unternehmen attraktiver gestaltet werden. Hier gibt es noch große Lücken.

*Wirklich alle Erwerbstätigen müssen Zugang zur steuerlich geförderten Altersvorsorge bekommen.*

Eines will ich dabei freilich nicht außer Acht lassen: Auch in diesem Zusammenhang spielt die Finanzkrise eine Rolle. Und natürlich hat

die aktuelle Krise die private Altersvorsorge in Mitleidenschaft gezogen. Sie, Herr Professor Börsch-Supan, haben im November 2009 die Auswirkungen auf die gesetzliche wie die private Rente vorgerechnet. Aber Sie

*Nur die ergänzende Kapitaldeckung kann die demographische Entwicklung abfedern.* haben ebenfalls darauf hingewiesen, dass die private Altersvorsorge weiter gestärkt werden muss, denn nur die ergänzende Kapitaldeckung kann die demographische Entwicklung abfedern und die Lasten zwischen den Generationen besser verteilen, als es mit einer Umlage zwischen Jung und Alt allein je möglich wäre.

Meine Damen und Herren, ein belgischer Premierminister hat einmal gesagt: „Für verlorene Gelegenheiten in der Politik gibt es kein Fundbüro.“ Insofern ist es zu begrüßen, dass sich nun die Bundesregierung um eine „Demographiepoltik“ kümmert: 2011 soll ein Bericht zur demographischen Lage des Landes vorliegen und im Jahr darauf eine ressortübergreifende Demographiestrategie.

Damit aus dieser bislang bloßen Absicht auch ein schlüssiges Gesamtkonzept wird, dazu braucht es freilich vor allem eines: Weitsicht. Gemeint ist die Weitsicht, trotz drängender tagespolitischer Fragen – und natürlich auch wieder anstehender Wahlen – das größere Ganze nicht aus

*Trotz drängender tagespolitischer Fragen darf man das größere Ganze nicht aus dem Auge verlieren.* dem Auge zu verlieren. Sie, Herr Finanzminister, haben bei der Vorstellung Ihrer Finanzplanung bis 2013 ganz in diesem Sinne die „vorausschauende Ausrichtung der sächsischen Haushalts- und Finanzpolitik“ betont. Was

das für die Chancengerechtigkeit zwischen den Generationen bedeutet, darauf sind wir jetzt gespannt. Lieber Herr Professor Unland, Sie haben das Wort.

## **Chancengerechtigkeit durch nachhaltige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik**

Glück auf, meine Damen und Herren!

Sie hatten mich gebeten, über Gerechtigkeit durch nachhaltige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu sprechen. Ich möchte mich vor allem auf die ersten beiden Aspekte konzentrieren: Die Wirtschafts- und Finanzpolitik ist nun einmal die Grundlage für den Haushalt, die Rente und die Bildung. All das muss mit den Ergebnissen dieser Politik bezahlt werden.

Der Begriff „Chancengerechtigkeit“ hat viele Aspekte. Welche die wichtigsten sind, darüber können wir lange streiten. Ich glaube, unstrittig ist aber: Gerechtigkeit in diesem Sinne bedeutet, dass jeder eine faire Chance erwirbt, sein Leben entsprechend seinen jeweiligen Fähigkeiten und Neigungen zu gestalten. Angenommen, wir würden Lotto spielen, dann hätte jeder die gleiche Chance, Millionär zu werden. Das wirkliche Leben sieht dagegen anders aus. Hier sind die Chancen ungleich verteilt, es hängt von den individuellen Eigenschaften ab, wie etwa der Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit, aber auch von externen Faktoren, wie der sozialen Herkunft, dem Bildungsgrad der Eltern, dem sozialen Status und dergleichen mehr.

Unser Gemeinwesen hat als Staatsform die Demokratie und als Wirtschaftsform die Soziale Marktwirtschaft gewählt. Und der Staat lebt davon, dass jedem eine faire Chance eingeräumt wird, sonst verliert er seine Akzeptanz und auch seine Legitimation. Deshalb möchte ich hier zwei Fragen stellen und auch versuchen, sie zu beantworten. Die erste



*Prof. Dr.-Ing. Georg Unland,  
Sächsischer Staatsminister der  
Finanzen*

Frage lautet: Was kann und was muss die Politik für Chancengerechtigkeit tun? Die zweite Frage: Wo liegen dabei die Grenzen der Politik?

Zur ersten Frage: Es ist relativ einfach, über Bildungspolitik oder über Sozialpolitik für sich zu sprechen. Aber in welchem Kontext steht

*Die Ordnungspolitik ist heute ein klein wenig aus dem Blickfeld geraten.* dazu die Wirtschafts- und die Finanzpolitik? Ich glaube, entscheidend ist hierbei die Ordnungspolitik. Sie ist heute ein klein wenig aus dem Blickfeld geraten. Ich möchte deshalb deutlich machen, welche Prämissen in einer vernünftigen Ordnungspolitik gelten sollten.

Eine besteht zum Beispiel im Zusammenspiel zweier Antipoden, nämlich Freiheit und Verantwortung – zwei Seiten einer Medaille. Schon bei der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft ist dies von deren Vätern deutlich formuliert worden. Ich möchte dazu Walter Eucken zitieren: „Wer

*Freiheit und Verantwortung sind zwei Seiten einer Medaille.* den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen. Wer für Pläne und Handlungen der Unternehmen und Haushalte verantwortlich ist, haftet.“ Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Prinzip, welches wir für unsere Wirtschafts- und Finanzordnung beachten müssen.

Eine weitere Prämisse lautet: Eigentum verpflichtet. Aber wer ist denn heute noch Eigentümer? Wenn wir uns die Entwicklung der letzten

*Wenn Eigentum verpflichtet, dann muss das auch mit einem Gesicht, mit einem Menschen verbunden sein.* Jahrzehnte anschauen, dann müssen wir eine beträchtliche Anonymisierung des Eigentums konstatieren. Begonnen hat das in den 1960er Jahren, richtig dynamisch wurde die Entwicklung ab den 1970ern. Wer steht heute noch hinter dem Eigentum? Sehr häufig sind die Menschen, die sich dahinter verbergen, nicht mehr sichtbar. Das hat viele soziologische Ursachen,



darauf möchte ich nicht eingehen. Aber wenn Eigentum verpflichtet, dann muss das auch mit einem Gesicht, mit einem Menschen verbunden sein.

Eine dritte Prämisse ist die Sicherstellung des Wettbewerbs, und hier stehen wir momentan heftig in der Diskussion. Denn wer hat zurzeit Zugang zu den Geldern der Zentralbanken? Hier gibt es ein Monopol der Banken, und ob wir das aufrechterhalten sollten, können wir durchaus diskutieren.

Um solche Prämissen aufrechtzuerhalten, brauchen wir einen starken Staat. Ich meine damit nicht eine Diktatur oder einen Staat, der interveniert, sondern ich spreche über einen Staat, der Rahmenbedingungen setzt und diese dann auch durchsetzt. Daraus lassen sich ganz bestimmte finanzpolitische Grundsätze ableiten. Zwei möchte ich erläutern.

*Wir brauchen einen Staat, der Rahmenbedingungen setzt und diese dann auch durchsetzt.*

Ein Grundsatz heißt, dass der Staat die Aufgabe, aber auch die Pflicht hat, die erforderlichen Steuern und Abgaben, natürlich in fairer Höhe, zu erheben. Und dabei muss der Stärkere mehr tragen als der Schwächere. Denn wer mehr Geld verdient, verdient es auch deshalb, weil der Staat einen Ordnungsrahmen bietet, in dem er sich wirtschaftlich frei entfalten kann, frei von existenziellen Bedrohungen – durch äußere und innere Sicherheit beispielsweise – und unter Nutzung einer funktionsfähigen Infrastruktur.

*Einnahmen und Ausgaben müssen im Gleichgewicht stehen, der Staat darf keine Schulden machen.*

Hieraus wiederum lässt sich ableiten, dass Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht stehen müssen, dass der Staat keine Schulden

machen darf. Schulden müssen eines Tages bezahlt werden, sprich: Der Gestaltungsspielraum der künftigen Generationen wird eingeengt.

Nur wenn ein Staat diese Grundsätze verfolgt, sichert er eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft. Nur dann ist er in der Lage, die Systeme zu bezahlen, ob es nun das Renten- oder das Bildungssystem ist.

Damit komme ich zur zweiten Frage: Wo liegen die Grenzen der Politik für die Chancengerechtigkeit? In der Bildungspolitik und in der Sozialpolitik wird das häufig diskutiert. Aber ich möchte mich heute auf die Finanzpolitik konzentrieren. Da haben wir nämlich einige hausgemachte Probleme. Auf drei möchte ich eingehen.

Vorab noch einmal die Fakten: Die öffentlichen Haushalte haben inzwischen einen Schuldenberg, Herr Weber hat es vorhin schon ange-

*Es findet Substanzverzehr von öffentlichem Anlagevermögen statt. Der Staat wird immer ärmer.*

sprochen, von rund 1,6 Bio € aufgehäuft. Die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte, also die des Bundes, der Länder und der Kommunen, übersteigt seit langem die Investitionen. Sehr hart ausgedrückt bedeutet das: Hier findet Substanzverzehr von öffentlichem Anlagevermögen statt. Der Staat wird immer ärmer.

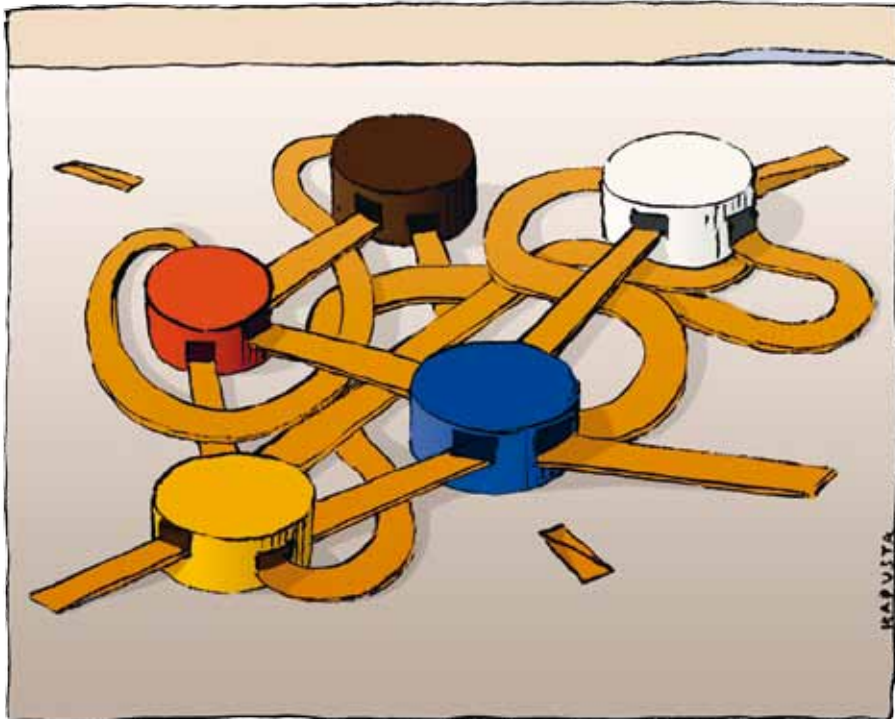
Das erste hausgemachte Problem besteht darin, dass wir unsere Mitbürger daran gewöhnt haben, vom Staat mehr zu fordern, als er tatsächlich leisten kann – eines unserer Grundübel. Das zweite hausgemachte Problem ist, dass wir die sozialen Sicherungssysteme vermischt haben. Wir haben keine klare Verantwortlichkeit mehr bei unserem Renten- oder Gesundheitssystem. Eigentlich sollen es geschlossene Systeme sein, die sich aus sich selbst heraus tragen. Aber das tun sie schon lange nicht mehr.

*Wir haben unsere Mitbürger daran gewöhnt, vom Staat mehr zu fordern als er tatsächlich leisten kann.*

sächlich leisten kann – eines unserer Grundübel. Das zweite hausgemachte Problem ist, dass wir die sozialen Sicherungssysteme vermischt haben. Wir haben keine klare Verantwortlichkeit mehr bei unserem Renten- oder

Gesundheitssystem. Eigentlich sollen es geschlossene Systeme sein, die sich aus sich selbst heraus tragen. Aber das tun sie schon lange nicht mehr.

*Wir haben eine Vermischung bei der Finanzierung der Systeme. Dadurch wird nicht mehr deutlich, wo die Verantwortlichkeiten liegen. (Georg Unland)*



Stattdessen nutzen wir in großem Umfang unser Steuersystem dazu, diese Systeme gegenzufinanzieren.

Ein drittes Problem sind die Sondereinflüsse. Und hier möchte ich auf einen Sondereinfluss eingehen, der uns gerade stark beschäftigt. Das ist die Finanzkrise – wobei ich der Meinung bin, dass dieses Wort

*Die Politik bemüht sich zu verhindern, dass sich die Finanzsystemkrise zur Wirtschaftskrise ausweitet.*

nicht exakt das Problem beschreibt. Es ist wohl besser, von einer Finanzsystemkrise zu sprechen. Die Politik ist zurzeit sehr darum bemüht zu verhindern, dass sich diese Finanzsystemkrise zur großen Wirtschaftskrise ausweitet oder – was noch gefährlicher wäre – dass sie zu einer Krise des Sozialsystems wird.

Um dies zu bewerkstelligen, musste der Steuerzahler einspringen. In Deutschland reden wir über rund 480 Mrd € aus dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz. Es stellt die genannte Summe bereit, um das Finanzsystem zumindest zu stabilisieren – in Form von Garantien, die übernommen werden, und für die Rekapitalisierung der Banken.

Ich möchte diese Zahl einmal übersetzen, damit deutlich wird, mit welchen Dimensionen wir es hier zu tun haben: Die sächlichen Kosten der deutschen Wiedervereinigung – nicht eingerechnet die der sozialen Sicherungssysteme – sind niedriger. Sie liegen, die Schätzungen sind unterschiedlich, in einer Größenordnung von 300 Mrd €. Und bei der deutschen Wiedervereinigung sieht man deutlich, was mit dem Geld geleistet worden ist. Bei der Krise hingegen sind es Effekte, die Sie nicht direkt sehen können, deren Erzielung jedoch, das möchte ich auch betonen, absolut notwendig war.

Was aber passiert jetzt? Die Zentralbanken haben zurzeit etwa 1,5 Bio € zinsgünstig an Banken ausgeliehen. Das heißt, die Bankenwelt hat günstiges Kapital erhalten. Wohin fließt dieses Geld? Das Erste, was wir feststellen müssen, ist, dass damit die wachsenden Schulden der Staaten finanziert werden. In der Elektrotechnik nennt man so etwas einen Blindkreislauf. Es wäre einmal sehr interessant zu analysieren, welchen Umfang dieser Blindkreislauf von staatlichen Geldern inzwischen angenommen hat.

Sodann ist festzustellen, dass trotz aller Hilfen die Kreditvolumina für die einzelnen Unternehmen der Volkswirtschaft nicht ausreichend sind. Die Lage ist freilich sehr unterschiedlich, manchmal besser, manchmal schlechter – ich habe diese Probleme täglich auf dem Tisch. Und was macht der Staat? Er springt zusätzlich mit Bürgschaften ein, damit die Banken doch noch Kredite ausgeben. Und selbst das reichte im ersten Anlauf nicht. Wir mussten die Quote und die Volumina nochmals deutlich erhöhen. Wir haben allein 2009 für die kleineren und mittleren Unternehmen mehr als doppelt so viele Bürgschaften ausgelobt wie im Jahr davor.

*Wir haben 2009 mehr als doppelt so viele Unternehmensbürgschaften für KMU ausgelobt wie im Jahr davor.*

Ein dritter Effekt, den wir zurzeit beobachten, ist der, dass das Handelsvolumen der Banken wieder angestiegen ist. Das heißt, das Investment- und das Spekulationsgeschäft haben zugenommen. Ich habe nach wie vor eine sehr intensive Beziehung zur Rohstoffwirtschaft, und ich wundere mich schon, wie oft eine Tonne Rohstoff, ob es nun Öl, Kupfer oder Eisenerz ist, gehandelt wird, obwohl sie nur ein einziges

Mal geliefert wird. Diese finanztechnische Umschlagszahl erhöht sich ständig weiter.

Und viertens sehen wir, dass in einigen Finanzzentren – in den letzten Tagen ist darüber ja wiederholt berichtet worden – die Verdienste Rekordniveau erreichen. Um all das mit deutlichen Worten zusammenzufassen: Das Geld des Staates kommt nur ungenügend in der Realwirtschaft an.

Gleichzeitig muss man beobachten, was auf der anderen Seite des Systems passiert, der Arbeitnehmerseite nämlich. Beim letzten Aufschwung sind die Lohneinkommen real kaum gestiegen. Das heißt, der Anteil der Arbeitnehmereinkommen an der Wirtschaftsleistung hat sich

*Die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft hat abgenommen. Das Vertrauen schwindet.*

nicht erhöht. Es gab Zuwächse zu verteilen, aber die Wertschaffenden haben davon wenig abbekommen. Das hat dazu geführt, dass viele unserer Mitmenschen

inzwischen sagen: „Leistung lohnt sich nicht. Von Chancengerechtigkeit ist keine Spur mehr da.“ Die Folge ist, dass die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft abgenommen hat. Das Vertrauen in unsere Wirtschaftsordnung schwindet.

Und das ist nicht etwa nur ein Vermittlungsproblem, das möchte ich ganz deutlich sagen: Besseres Marketing ist hier keine Lösung. Politik und Wirtschaft müssen vielmehr wirklich Substantielles unternehmen, um verloren gegangenes Vertrauen in die Chancengerechtigkeit unserer Demokratie und Wirtschaftsordnung zurückzugewinnen.

Und damit bin ich bei einem entscheidenden Punkt: Es ist nicht nur die Aufgabe der Politik allein, diese Chancengerechtigkeit wieder her-

zustellen und zu verantworten. Es ist auch die Aufgabe der Wirtschaft. Wir haben viel zu tun, um Chancengerechtigkeit zu schaffen. Der erste Schritt ist eine offene, ungeschönte Debatte. Wenn wir uns die endlich zumuten, dann werden die Bürger auch ihr Vertrauen in Politik und Wirtschaft und in ein chancengerechtes Deutschland zurückgewinnen. Vielen Dank.

## Diskussion

### Mit der Schuldenbremse aus der Schuldenfalle

**Manuel Hartung:** „Haushalt, Rente, Bildung: Ist der Generationenvertrag noch gültig?“ Das wollen wir heute Abend fragen. Wir haben dazu schon zwei ganz entscheidende Impulse von Fachleuten gehört, und

*Der Politiker denkt an die nächsten Wahlen, der Staatsmann an die nächste Generation.*

ich freue mich, dass wir nun zwei weitere Experten zu diesem Thema auf dem Podium haben: Carsten Schneider, den Haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Professor Axel Börsch-Supan, den Direktor des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und demographischer Wandel.

Herr Schneider, vor ein paar Jahren haben Sie ein Papier geschrieben über dem ein, wie ich fand, ziemlich eindrucksvoller Satz stand, ein Zitat von William Gladstone: „Der Politiker denkt an die nächsten Wahlen, der Staatsmann denkt an die nächste Generation.“ Wie viele Staatsmänner oder Staatsfrauen in diesem Sinne haben wir eigentlich in Deutschland?

**Carsten Schneider:** Wenn Sie die Entscheidung des Bundestages zur Schuldenbremse sehen, Herr Weber hat es vorhin angesprochen, so muss man das Zitat über die Staatsmänner wohl eher auf die Zukunft beziehen. Jedem ist wohl bewusst, dass wir zumindest die nächsten vier,

*Wir werden die nächsten Jahre damit zubringen, diese enorme Schuldenlast abzubauen.*

fünf oder auch sechs Jahre vor allen Dingen damit zubringen werden, diese enorme Schuldenlast abzubauen. Und dabei wird die deutsche Politik im Sinne der Gerechtigkeit auch die Frage beantworten müssen: Wer bezahlt die Zeche für die Krise?



Diese Frage wird sich aber erst ganz konkret dann stellen, wenn die Bundesregierung mit dem nächsten Haushalt 2011 auch die Finanzplanung aufstellt und sagt, wie sie jedes Jahr zehn oder, der steigenden Zinslast wegen, sogar bis zu 13 Mrd € gegenfinanzieren will. Um noch eine Zahl zu nennen: Wir haben dieses Jahr 38 Mrd € Zinsausgaben. Und das ist relativ wenig, weil wir in der Krise eine Art sicherer Hafen sind und jeder uns für wenig Zins viel Geld gibt.

Aber die Zinsen werden steigen, das ist ganz klar. Die Europäische Zentralbank wird die Zinsen anziehen und so das Geld wieder aus dem Markt nehmen. Dann steigt die Zinslast 2013 auf prognostizierte 51 Mrd €, wahrscheinlich sogar noch ein bisschen mehr. Und von dieser Zinslast müssen wir schnellstmöglich herunterkommen, um diesen starken Staat, den Herr Unland vorhin beschrieben hat, noch finanzieren zu können.

**Manuel Hartung:** Herr Professor Börsch-Supan, würden Sie sagen, dass es Staatsfrauen und Staatsmänner sind, die unser Land regieren – wenn man beispielsweise liest, was Sie zum Thema Rentengarantie schreiben: „Das ist verantwortungslos! Schont unsere Kinder! Solidarität ist keine Einbahnstraße!“ Meinen Sie vielleicht eher, dass unsere Politiker eben doch nur Politiker sind?



*Carsten Schneider,  
Haushaltspolitischer Sprecher der  
SPD-Fraktion im Deutschen  
Bundestag*

*Würden Sie sagen, dass es  
Staatsfrauen und Staatsmänner  
sind, die unser Land regieren?*

**Mit der Schuldenbremse aus der Schuldenfalle**



*Prof. Axel Börsch-Supan, Ph. D.,  
Direktor des Mannheim Research  
Institute for the Economics of Aging*

**Axel Börsch-Supan:** Wir haben alle Wassergläser hier stehen, die sind halbvoll und damit auch halbleer. Herr Schneider konzentriert sich auf die Fülle im Glas, aber die Leere ist eben leider auch da. Sie haben natürlich genau die richtigen Dinge angesprochen. Von daher ist die Schuldenbremse sicher eine ganz tolle Sache. Und wenn sie so durchgeführt wird, wie sie aufgeschrieben wurde, dann wird sie auch Wirkung zeigen. Aber wir kennen eine ganze Menge Gesetze, die wurden zunächst aufgeschrieben und dann doch ganz anders umgesetzt.

Damit spiele ich auf die Rente an, zuerst auf den Nachhaltigkeitsfaktor, mit dem man eine wirklich langfristige Rentenpolitik hinbekommen wollte. Wie oft ist der Faktor mittlerweile ausgesetzt worden? Wir haben angefangen, eine Riester-Rente aufzubauen, haben angefangen, das System so umzubauen, dass nicht alle Rentenausgaben von der jüngeren Generation bezahlt werden müssen.

*Wenn die Schuldenbremse wie aufgeschrieben durchgeführt wird, dann wird sie auch Wirkung zeigen.*

Aber dann haben wir den Riester-Faktor ausgesetzt. Sie, Herr Professor Weber, haben die Rentengarantie angesprochen. Sie ist mehr oder weniger an einem einzigen Tag beschlossen worden. Im Augenblick betragen die geschätzten Kosten dieses schnellen Beschlusses ungefähr 20 Mrd €. Sollten die Löhne weiterhin stagnieren und die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit weiterhin so bleiben wie im Augenblick, dann werden die Kosten auf über 40 Mrd € steigen.

Also, es ist eine Menge Luft in diesem halbvollen Glas, und wir sollten darüber nachdenken, warum das so ist. Herr Minister Unland sprach an: Haftung ist ganz wichtig! Und bei Staats- *Bei Staatsschulden funktioniert das Haftungsprinzip eben nicht.* *Bei Staatsschulden funktioniert das Haftungsprinzip nicht.* Demjenigen, der die Schulden macht, wünscht man spontan drei Legislaturperioden lang hintereinander Regierungsverantwortung, damit die Haftung auch wirken kann.

Das würde immer noch nicht reichen: Wir werden mit der Abarbeitung der Schulden, die wir jetzt für die Wirtschaftskrise aufgenommen haben, ungefähr bis 2025 beschäftigt sein. Das sind fast vier Legislaturperioden. Man sieht, zur Verantwortung für *Wir werden mit der Abarbeitung der Schulden aus der Wirtschaftskrise bis 2025 beschäftigt sein.* das eigene Tun wird man als Regierender sehr spät gezogen. Damit hat man schon eine Art Webfehler in unserem System identifiziert: Wie bekommen wir die langfristige Verantwortlichkeit für das Handeln in unser System hinein, eine, die über die bekannten vier, acht oder zwölf Jahre hinausgeht?

**Manuel Hartung:** Sie tun jetzt so, als ob Sie der große Generationenaltuist seien, der nur an die zukünftigen Jahrgänge denkt. Sie haben für sich selber aber angekündigt, Sie wollten weit über die Altersgrenze von 65 Jahren hinaus arbeiten. Wie passt das eigentlich zusammen?

**Axel Börsch-Supan:** Das passt ganz hervorragend zusammen! Je mehr ich selber arbeite, umso weniger müssen meine *Länger arbeiten ist der bei weitem wichtigste Hebel zur Kostensenkung im Rentensystem.* Kinder für meine Rente zahlen. Was wirklich teuer ist in unserem Rentensystem, ist die Frühverrentung. Sie kostet ungefähr ein Viertel der gesamten Rentenausgaben. Was zahlen wir für

die Rente im Augenblick? Etwa 20% des Bruttoverdienstes. Wir könnten fünf Prozentpunkte sparen, indem wir auf die frühe Rente verzichten. Länger arbeiten ist der bei weitem wichtigste Hebel zur Kostensenkung im Rentensystem, und er ist auch generationengerecht.

Wenn ich länger lebe als meine Eltern, dann ist es doch nur gerecht, dass ich auch etwas länger arbeiten muss. Momentan ist es grob gesagt etwa so: Man arbeitet in seinem Leben 40 Jahre lang, und 20 Jahre lang bezieht man Rente, also ungefähr im Verhältnis zwei zu eins. In den

*Von zusätzlichen Lebensjahren sollte man zwei Drittel mehr arbeiten und ein Drittel mehr Rente beziehen.*

nächsten 20 Jahren, bis die Rente mit 67 gilt, werden wir, wenn das Statistische Bundesamt Recht hat, um drei Jahre älter. Rente mit 67 heißt: Wir arbeiten zwei Jahre mehr und erhalten ein Jahr mehr Rente. Und nicht etwa zwei Jahre weniger. Das ist doch nur gerecht. Ich denke, das sollten wir zum Prinzip machen: Jedes zusätzlich gewonnene Lebensjahr sollte man im Verhältnis zwei zu eins aufteilen – zwei Drittel mehr arbeiten, ein Drittel mehr Rente beziehen.

**Manuel Hartung:** Ich bin mir nicht sicher, wie Berufseinsteiger das sehen, aber darauf können wir vielleicht noch kommen. Herr Professor Weber, es gibt eine Umfrage, nach der sechs von zehn Befragten in Zukunft größere Konflikte zwischen den Generationen erwarten. Die Umfrage ist gerade erst im Dezember gemacht worden. Hat Sie das Ergebnis überrascht?

**Manfred Weber:** Nein. Wir diskutieren die Probleme der Alterssicherung ja schon seit Jahrzehnten. Das ist keine Folge der aktuellen Wirtschaftskrise, und auch der sich abzeichnende Wandel in der Bevölkerungsstruktur ist uns seit Jahrzehnten bekannt. Da mag sich im Detail

etwas ändern. Die Grundtrends liegen aber seit langem auf dem Tisch. Und es war deutlich erkennbar, dass wir hier in Probleme hineinlaufen würden. Zwar ist auf der Wegstrecke schon einiges passiert. Was mich aber umtreibt, ähnlich wie Herrn Börsch-Supan, sind diese ständigen Kurswechsel, denn gerade die Alterssicherung verlangt eine verlässliche Politik. Die können Sie nicht alle zwei, drei Jahre wieder ändern. Hier müssen Sie Kurs halten.

Und der zweite Punkt ist – neben der Verlässlichkeit – die Langfristigkeit. Sie können ja keinem Menschen im fortgeschrittenen Alter sagen, er müsse wohl doch etwas stärker für seine Alterssicherung vorsorgen, als er es bisher gemacht hat. Dann ist der Zug abgefahren. Wir müssen also den jungen Menschen sagen, dass sie sich nicht mehr im gleichen Maße auf die gesetzliche Rente als Basis für die Alterssicherung verlassen können, wie das frühere Generationen konnten. Bei allen Maßnahmen, die die Politik bislang schon ergriffen hat, um die Kluft zwischen dem Versprochenen und dem Haltbaren in Sachen Belastung der künftigen Generationen ein wenig zu schließen: Wir sind hier noch nicht am Ziel.

Und es kommen neue Probleme hinzu. Herr Minister Unland hat ja die Finanz- und Wirtschaftskrise angesprochen. Dazu ließe sich noch vieles sagen. Vielleicht nur diese Randbemerkung: 480 Mrd € Garantien und Kapitalhilfen sind kein geflossenes Geld, davon ist bisher überhaupt nur rund ein Drittel in Anspruch genommen worden, und das wird auch marktgerecht verzinst.

## Müssen wir Wachstum neu definieren?

Aber dennoch: Die Krise hat zu einem Wirtschaftseinbruch geführt, und wir müssen unser Augenmerk darauf richten, dass wir wieder zu mehr Wachstum kommen. Und da sehe ich eine ganz enge Verbindung zu unserem dritten Stichwort, der Bildung. Zukunftschancen zu eröffnen für die neuen Generationen, das wird es uns ermöglichen, der Probleme über die Zeit hinweg Herr zu werden.

## Müssen wir Wachstum neu definieren?

**Manuel Hartung:** Stichwort Wachstum – Herr Minister Unland, Ihr Ministerpräsident Tillich hat gesagt, wir müssten Wirtschaftswachstum vollkommen neu denken: „Wenn es uns mit der Generationengerechtigkeit ernst ist, müssen wir künftig auf qualitatives statt quantitatives Wachstum setzen. Das braucht nicht nur neue Technologien, sondern auch einen neuen Lebensstil. Einen, in dem Zeitwohlstand und immaterielle Güter wie Bildung, Kultur und zwischenmenschliche Beziehungen wichtiger sind, als jeweils das neueste Handy zu besitzen.“ Wollen wir uns von dem quantitativen Wachstum verabschieden?

**Georg Unland:** Das Bild hat zwei Seiten. Die eine ist die, dass die Wünsche nach Dingen, die wir für das tägliche Leben benötigen, im Grunde genommen befriedigt sind. Die Ausstattung der Bevölkerung mit Waschmaschinen, Autos, Fahrrädern oder Rasierapparaten ist im Sättigungsbereich angekommen. Wenn wir somit keine neuen Produkte erfinden, die die Konsumenten benötigen, werden wir diesbezüglich kein Wachstum mehr bekommen.

*Die Wünsche nach den Dingen des täglichen Lebens sind im Grunde genommen befriedigt.*

Die andere Seite: Können wir uns dieses Wachstum überhaupt noch leisten? Die Frage ist tatsächlich erlaubt. Wenn Sie sich die Ressourcen dieser Welt einmal anschauen, dann kommen Sie sehr schnell zu dem Schluss, dass sie sehr, sehr begrenzt sind. Und wenn wir es weltweit betrachten, dann müssen wir einfach sagen, dass 80% der heutigen Weltbevölkerung noch nicht so ausgestattet sind wie wir hier in Deutschland.

Und diese Menschen haben das gleiche Anrecht, diese Ressourcen in Anspruch zu nehmen, wie wir auch. Das heißt, wir kommen sehr schnell an die Grenzen solch eines Wachstums. Nun kann man ja aber Wachstum, Wohlstand nicht rein materiell definieren, sondern es gibt ja auch die andere Seite des Lebens. Und ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir uns als reiche Nation überlegen, auf welchen Gebieten wir künftig Wachstum haben möchten. Und dazu gehört nun einmal auch die Bildung.

*Wir sind als reiche Nation gut beraten zu überlegen, auf welchen Gebieten wir wachsen möchten.*

**Manuel Hartung:** Herr Professor Weber, laut einer Umfrage des Bankenverbandes zum Wirtschaftsstandort Deutschland von 2008 wird die Orientierung an neuen Technologien von den Menschen in Deutschland nach wie vor als das wichtigste Kriterium für zukünftigen Wohlstand angesehen – viel wichtiger als geringere Steuern beispielsweise oder eine Aufhebung des Kündigungsschutzes. Hat die Bevölkerung verstanden, was Politiker manchmal noch nicht verstanden haben?

**Manfred Weber:** So würde ich das nicht formulieren. Aber ich glaube schon, dass die Bevölkerung weiß, dass wir auch künftig Wachstum brauchen. Wir können uns lange darüber unterhalten, wie das Wachstum sein wird. Ich persönlich, als überzeugter Anhänger unserer Marktwirtschaft, wäre nicht dafür, dass wir versuchen, das Wachstum

**Müssen wir Wachstum neu definieren?**

zu steuern. Wichtig wäre aber das, was in der Vergangenheit vielleicht zu kurz gekommen ist, zum Beispiel Umweltaspekte, mit in die Betrachtung hineinzunehmen. Ich glaube jedoch nicht, dass wir Sättigungsgrenzen erreicht haben. Mich erinnert das sehr an die Diskussionen, die in den 1970er Jahren im Club of Rome über Grenzen des Wachstums geführt wurden und die sich hinterher alle als unreal herausgestellt haben.

*Als überzeugter Anhänger unserer Marktwirtschaft wäre ich nicht dafür, das Wachstum zu steuern.*

Die Frage ist, wofür wir das, was wir erwirtschaften, nachher tatsächlich verwenden. Ich glaube, wir brauchen ein erhebliches Wachstum, um unsere Zukunftsprobleme in den Griff zu bekommen. Das aber können wir nur erreichen, wenn wir der Bevölkerung nicht noch weitere Abgaben und andere zusätzliche Lasten, etwa aufgrund der hohen Staatsverschuldung, aufbürden. Deshalb ist der künftige Wachstumspfad für mich ein ganz, ganz wichtiger Punkt, um gut aus der Krise zu kommen und um gerade der jungen Generation Zukunftschancen zu eröffnen. Nur das wird dem Staat auch die notwendigen Mittel geben, um dort zu investieren, wo er investieren sollte. Und das ist für mich die Bildung. Wachstum und Bildung hängen zusammen. Wir haben keinen besseren Rohstoff als die grauen Zellen in unseren Hirnen. Alles andere können wir im weltweiten Maßstab vergessen.

**Manuel Hartung:** Jetzt stehen ja Finanzpolitiker vor einem wahnsinnigen Dilemma. Auf der einen Seite sollen die Schulden gebremst werden, man soll keine neuen Schulden aufnehmen. Auf der anderen Seite soll man mehr in Bildung investieren. Es wurde beispielsweise gesagt, Bildung müsse von allen Sparmaßnahmen ausgenommen



werden, genauso wie Infrastruktur. In Sachsen wurde zu Jahresbeginn 2010 ein großes Sparpaket verabschiedet. Und dabei ging es auch um den Bildungsbereich. Einzusparen sind 23,9 Mio € im Bereich des Wissenschaftsministeriums, 18,4 Mio € im Bereich des Kultusministeriums. Das ist ein Zielkonflikt. Kann man dieses Dilemma irgendwie lösen?

**Carsten Schneider:** Wir sind ja jetzt in der Opposition, und viele Kollegen sind deswegen nun recht unbeschwert, nach dem Motto: Jetzt beschließen wir all das, was wir schon immer beschließen wollten. Und mein Hinweis ist, dass man bei den vielen positiven Dingen, die man so beschließen kann, wie eben Bildungsausgaben, immer auch die Konsolidierungserfordernisse beachten muss.

Wenn man im Juni 2009 eine Schuldenbremse mitbeschlossen hat, muss man sich jetzt auch an der Umsetzung beteiligen. Deswegen haben wir Sozialdemokraten auch eine klare Gegenfinanzierung vorgeschlagen. Da geht es nicht um eine Steuer-senkung, sondern im Gegenteil – und das stand auch in unserem Programm zur Bundestagswahl – um einen Extra-Solidaritätszuschlag. Das heißt: Im oberen Einkommensbereich wollen wir einen höheren Steuersatz. Ich finde, diese Frage steht einfach an.

*Wenn man eine Schuldenbremse mitbeschließt, muss man sich jetzt auch an der Umsetzung beteiligen.*

Nun komme ich zurück auf das, was Herr Weber gesagt hat: Ja, man braucht eine klare Linie und Perspektive in diesen Bereichen der Politik. Die aber kann ich bisher, und das ist auch mein Hauptkritikpunkt an der jetzigen Bundesregierung, nicht erkennen. Die entscheidenden Fragen sind: Wie geht es in welchen Bereichen weiter? Was hat Priorität? Wo wird gespart, wo werden im Zweifel auch Steuern oder Abgaben erhöht? Ich bin für Wirtschaftswachstum, aber Wirtschaftswachstum allein

**Müssen wir Wachstum neu definieren?**

als Lösung, da bin ich skeptisch, denn es lässt sich ja kaum steuern. Die politischen Maßnahmen, die ergriffen wurden, dieses so genannte

*Dieses so genannte Wachstums- beschleunigungsgesetz führt nicht wirklich dazu, dass die Wirtschaft anspringt.* Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das alles führt doch nicht wirklich dazu, dass jetzt die Wirtschaft anspringt. Vielleicht können die Mehrzahlungen für das Kindergeld ein bisschen den Konsum ankurbeln, aber sonst? Bei den

Hotels haben wir es schon gesehen, dass es nicht funktioniert.

Was wir aber brauchen, ist eine Debatte darüber, wie die Zeche für die Krise bezahlt werden soll und wer sie bezahlen soll. Wir haben 1,6 Bio € Gesamtstaatsverschuldung in diesem Jahr. Wir werden bei 2 Bio € im Jahr 2013 sein – Tendenz permanent steigend. Andererseits haben wir eine älter werdende Bevölkerung, weniger Erwerbstätige, ein zu geringes Qualifikationsniveau – denken Sie an die Sarrazin-Diskussion in Berlin.

*Um das Potenzial unserer Volkswirtschaft zu erhöhen, muss Bildung vom Sparen ausgenommen werden.* Deswegen sage auch ich: Bildung muss vom Sparen ausgenommen werden. Um das Potenzial der deutschen Volkswirtschaft zu erhöhen, müssen Sie dort investieren.

Auch wenn jetzt laut Demographie gerade in den ost-deutschen Ländern die Schülerzahlen sinken, müssen Sie versuchen, da die Qualität zu verbessern, um jedem Chancengleichheit zu bieten.

Und zum Thema Rente kann ich nur sagen: Ich bin froh, dass wir 1999 nicht eingeknickt sind. Schon damals gab es die Diskussion, bis hinein in den Bundestag, über die komplette Abschaffung des Umlage-systems zu Gunsten eines kapitalgedeckten Systems. Hätte sich das durch-gesetzt, dann wären wir jetzt in der Situation wie die Leute in den USA, die Aktienkurse und den Dow Jones verfolgen müssen, um zu erfahren, wie es um ihre Rente steht oder ob sie wieder anfangen müssen zu arbeiten.

Deshalb ist ein Vorsorge-Mix gut. Dafür habe ich ja auch immer gestritten. Ich finde, dass die Zuzahlung und Zuschüsse, die wir als Bund bezahlen, zu hoch sind. Also, wenn es bei der Riester-Rente – und das haben wir damals zum Anreiz gemacht – mittlerweile bis zu 14 Mrd € staatliche Steuerzuschüsse gibt, und das auch für Leute, die durchaus darauf verzichten könnten, dann ist das zu viel. Deswegen bin ich auch dagegen, dass wir das Angebot für alle Erwerbstätigen oder jeden in der Bevölkerung öffnen. Man muss es stattdessen wieder eingrenzen auf diejenigen, die es wirklich brauchen, auf die Geringverdiener. Etwas anderes werden wir uns nicht leisten können. Und ansonsten gilt es, eine Pflichtversicherung einzuführen, das war schon immer auch mein Credo. Dann bekommen Sie wirklich die Garantie, dass neben der gesetzlichen Rente auch noch private Vorsorge stattfindet.

*Steuerzuschüsse muss man eingrenzen auf diejenigen, die sie brauchen – auf die Geringverdiener.*

## **Einnahmenproblem – Ausgabenproblem**

**Manuel Hartung:** Herr Minister, lassen Sie uns doch noch mal zurückkommen auf die Bildungsfrage und die zukünftige Generationengerechtigkeit. Sie mussten bei der Bildung kürzen. Fiel Ihnen das schwer, insbesondere aufgrund Ihrer früheren Erfahrungen als Rektor einer Technischen Universität, der TU Bergakademie Freiberg?

**Georg Unland:** Wir haben, wenn wir uns die staatlichen Haushalte anschauen, bei weitem zu viele Ausgaben. Und wir werden es nicht schaffen, wenn wir uns einbilden, nur hier und dort etwas wegnehmen zu

müssen. Das gesamte Ausgabengefüge des Staates ist außer Kontrolle geraten. Und wenn wir die implizite Verschuldung noch mitnehmen, dann sieht das Bild ja noch düsterer aus. Die Frage, die sich die Gesellschaft

*Das gesamte Ausgabengefüge des Staates ist außer Kontrolle geraten.* stellen muss, lautet: Möchte ich jetzt Bildung gegen Renten ausspielen oder Renten gegen Krankenversicherung oder Krankenversicherung gegen frühkindliche Erziehung? Dabei werden Sie feststellen, dass Sie dieses gegenseitige Ausspielen nicht machen dürfen, weil das die Grundlagen unseres Staates angreift.

Um es deutlich zu sagen: Wir werden auch Opfer der jüngeren Generation einfordern müssen. Und dabei wird es auch um Bildungsausgaben gehen. Wir werden es nicht schaffen, große Bereiche der Bildung konstant zu halten. Wenn Sie sich den sächsischen Haushalt anschauen,

*Ich bin der Überzeugung, dass Einsparungen auch den Bildungsbereich tangieren müssen.* allein den Bildungsblock – da sprechen wir ja schon von über 40% –, wenn wir das einfrieren wollten, dann müssten die anderen Bereiche überproportional für Einsparungen sorgen. Dann müssten wir die Krankenversicherung reduzieren, die Versorgung unserer arbeitslosen Menschen und so weiter. Diese Einschnitte wären mindestens genauso hart. Und deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass Einsparungen auch den Bildungsbereich tangieren müssen. Alles andere ist unrealistisch.

**Carsten Schneider:** Da möchte ich widersprechen, Herr Unland. Sie sagten, der Staat habe ein Ausgabenproblem. Das sehe ich nicht so. Bis auf die konjunkturell bedingten Mehrausgaben, die vor allen Dingen den Bund treffen, nämlich im Bereich Arbeitsmarkt und im Gesundheitsbereich, sind die Ausgaben relativ konstant geblieben. Wir hatten 2008

einen ausgeglichenen Gesamthaushalt aller Körperschaften. Aber durch die Finanzsystemkrise, so haben Sie sie ja genannt, sind Wirtschaftsleistung und Steueraufkommen eingebrochen.

Die spannenden Fragen lauten: Erstens, wie bekommen Sie wieder ein ordentliches Wachstum hin? Zweitens, wer bezahlt die Zeche? Und ich finde, der Versuch, sofort auf die Ausgabenseite zu schauen und zu sagen, wir müssen bei der Forschung sparen, bei der Rente und so weiter, der greift zu kurz. Man muss auch die gesamte Frage der Einnahmehasis wieder von neuem stellen. Das betrifft etwa die Unternehmenssteuerreform, wo wir den Körperschaftsteuersatz auf 15% verringert und

alle Maßnahmen zur Gegenfinanzierung mittlerweile wieder abgeschafft haben. Damit ist auch die Frage nach einem Positionswechsel der SPD verbunden. Wir haben bekanntlich die Abgeltungsteuer auf 25% gesenkt – ich

*Sofort auf die Ausgabenseite zu schauen, greift zu kurz.*

*Man muss auch die Einnahmen hinterfragen.*

halte das mittlerweile für hinterfragbar. Warum sollen Einkommen aus normaler Erwerbstätigkeit höher besteuert werden als Einkommen aus Zinsen und Aktien? Diese Dinge müssen wieder auf den Tisch kommen, weil Sie ansonsten den Staat schnell zur Handlungsunfähigkeit verurteilen. Es ist ja nicht so, dass die Staatsausgaben enorm gestiegen wären. Die Volkswirtschaft, das Bruttoinlandsprodukt ist eingebrochen. Das aber war nicht das Ergebnis der Staatstätigkeit, im Gegenteil.

**Manuel Hartung:** Herr Professor Börsch-Supan, es gibt einen politischen Konflikt, das haben wir gesehen, aber es gibt auch einen Konflikt anderer Art. Die junge Generation muss Opfer bringen, sagt der Minister. Sie wiederum sagen: Schont die Kinder. Würden Sie die vielleicht ausnehmen wollen, wenn es diese Sparimperative gibt?

**Axel Börsch-Supan:** Das mit den Sparimperativen sehe ich nicht so. Die Debatte geht in die falsche Richtung. Sobald wir an Bildung denken, denken wir sofort an den Staat. Der Staat solle doch bitte dies liefern, bitte jenes liefern. So funktioniert Bildung aber nicht. Sie ist eine wirklich gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zunächst einmal haben sich die Eltern um Bildung zu kümmern, es ist deren Verantwortung. Dann ist es natürlich die Schule, und hier sind wir mit einem Staatssystem sehr gut bedient.

*Sobald wir an Bildung denken, denken wir sofort an den Staat, der alles liefern soll. So funktioniert Bildung aber nicht.*

Aber dann weiter: die Universität. Da muss nicht alles vom Staat kommen. Warum erlässt man meinen Kindern bei meinem relativ üppigen Gehalt die Studiengebühren? Ich kann mir Studiengebühren ja vielleicht leisten! Also sollte man die vielleicht auch einführen. Und darüber hinaus: Das Leben hört ja nicht mit 25 auf oder wann immer ein Studium zu Ende

*Lebenslanges Lernen ist zum Teil Aufgabe der Unternehmen, zum Teil die jedes Einzelnen.*

ist. Wir reden alle über lebenslanges Lernen, möglichst auch noch im hohen Alter. Da kann offensichtlich nicht der Staat überall einspringen. Zum Teil ist das Aufgabe der Unternehmen, die dafür zu sorgen haben, dass ihre Mitarbeiter gut geschult sind. Da braucht der Staat kein Geld hineinzustecken. Zum Teil ist es auch die Aufgabe jedes Einzelnen. Ich habe ja etwas davon, wenn ich besser gebildet bin, denn ich darf, mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit, auf ein höheres Gehalt hoffen.

Wer meint, das alles müsse der Staat finanzieren – und es kostet entsetzlich viel Geld –, der ist auf dem falschen Dampfer. Sondern jeder muss dazu etwas beitragen: der Staat, die Unternehmen, die Haushalte. Und ganz früh, ganz fundamental die Eltern. Es muss klar sein, dass die

Eltern die Verantwortung haben, ihre Kinder auf das richtige Gleis zu setzen, und dass sie ihre Verantwortung nicht auf die Schulen abschieben können.

Wenn man so denkt, dann kommt man in eine solche Finanzdebatte gar nicht erst hinein. Diese Finanzdebatte ist der falsche Ansatz! Bildungsinvestitionen hingegen sind das Einzige, was wirklich Wachstum erzeugt: jenes Mehr zwischen unseren Ohren nämlich. Und von daher zahlt sich das über eine Generation hinweg natürlich auch aus.

## **Brauchen wir eine Wertediskussion?**

**Manuel Hartung:** Herr Professor Weber, ich habe in der Diskussion um die Frage der Generationengerechtigkeit häufig das Gefühl, dass wir ganz stark an technischen Lösungen festhalten. Dabei geht es vielleicht eher um eine große Wertediskussion, die man in dieser Gesellschaft braucht. Würden Sie das auch so sehen, dass wir bei den technischen Lösungen eigentlich am Ende dessen sind, was wir noch erreichen können, weil jedes Modell schon einmal versucht und verworfen worden ist?

**Manfred Weber:** Sicher ist es richtig, dass man auch eine Wertediskussion führen muss: Wofür stehen wir gemeinsam? Wo wollen wir gemeinsam hin? Gerade wenn sich die Welt um uns herum gravierend verändert hat, und das, wie gesagt, schon lange vor der Krise.

Für mich ist Bildung zunächst auch einmal ein sehr persönliches Thema, und jeder Einzelne profitiert ja durchaus – nicht nur, aber eben auch – im ökonomischen Sinne davon. Von daher war für mich nie nach-

**Brauchen wir eine Wertediskussion?**

vollziehbar, warum sich Deutschland so schwer tut, Studiengebühren einzuführen, die im Übrigen dort, wo sie eingeführt worden sind, recht moderat sind. Man sollte auch niemanden wegen der Gebühren abschrecken, es gibt ja Möglichkeiten, Härten zu vermeiden. Wenn ich das international betrachte, läuft das ganz anders. Diejenigen, die das Studium hinter sich gebracht haben, profitieren doch in aller Regel von höheren Einkommen im Vergleich zu denjenigen, die nicht studiert haben. Wir erschweren uns ein bisschen die Diskussion, glaube ich.

*Für mich war nie nachvollziehbar, warum sich Deutschland so schwer tut, Studiengebühren einzuführen.*

Technisch aber, wie Sie es ausgedrückt haben, sind wir durchaus nicht am Ende. Der Eindruck entsteht nur, weil jetzt vieles zusammenkommt, was wir eigentlich nicht miteinander vermengen sollten. Noch einmal: Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist die schwerste Krise, die wir seit den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts erlebt haben. Sie hat uns vor große Herausforderungen gestellt, und ich kann vor der Regierung –

*Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist die schwerste Krise seit den 1930er Jahren.*

es war ja noch die Große Koalition – nur meinen Hut ziehen, in welcher Art und Weise sie Krisenmanagement betrieben hat. Das verdient ganz einfach Respekt. Alles andere hätte die Situation nur noch viel, viel schlimmer gemacht. Insofern ist das ja nicht eine Unterstützungsleistung einfach zu Gunsten der Banken gewesen, sondern es war wirklich eine politische Maßnahme, um das Finanzsystem zu stabilisieren und den Wirtschaftseinbruch möglichst in Grenzen zu halten.

Die grundlegenden Probleme aber hatten wir alle schon vorher. Und, Herr Schneider, da muss ich Ihnen schon widersprechen, die öffentlichen Haushalte haben eindeutig ein Ausgabenproblem. Die Versuche,



die Staatsquote zurückzuführen, sind immer wieder ins Gegenteil verkehrt worden. Der Fehler, der gemacht worden ist, besteht doch darin, dass wir in Jahren einer boomenden Weltwirtschaft und boomender Steuereinnahmen nicht akzeptiert haben, dass uns Einnahmen nicht dauerhaft in dieser Höhe zur Verfügung stehen werden. Auf Deutsch gesagt: Wir haben vor der Krise nicht entschieden genug konsolidiert. Und das schafft jetzt langfristige Probleme, was die Verschuldung, was künftige Haushalte und auch was den Spielraum angeht, der bleibt, um Wachstum durch geeignete Rahmenbedingungen und eine geeignete Bildungspolitik fördern zu können.

Natürlich gibt es überall Proteste, wenn gespart werden muss. Das erleben wir überall. Lassen Sie mich hier nur ein Beispiel nennen. Ich frage mich, wo die berühmte Koch-Steinbrück-Liste geblieben ist, eine Liste mit Vorschlägen zur Kürzung von Subventionen an die Unternehmen, die nur zum Teil abgearbeitet worden ist. Die Wirtschaft hatte damals eigentlich Zustimmung signalisiert. Mit anderen Worten, wir dürfen auch nicht den Zungenschlag hineinbringen, dass wir nur Sozialleistungen einschränken wollen. Wobei ich auch da technisch durchaus noch viele Möglichkeiten sehe. Wenn ich beispielsweise unser Gesundheitssystem betrachte, dann geht es nicht einfach darum, Beiträge zu erhöhen oder Leistungen zu kürzen. Für mich als Ökonom geht es da zunächst einmal darum, dieses System effizient zu gestalten. Davon sind wir nämlich meilenweit entfernt. Und auch da reden wir über Milliarden an Einsparpotenzial, Geld, das wir anders besser ausgeben könnten.

**Carsten Schneider:** Die Koch-Steinbrück-Liste ist 2003 beschlossen worden. Das Bundesverfassungsgericht hat Mitte Januar geurteilt, dass das damalige parlamentarische Verfahren nicht rechtens war. Viele Dinge, die auf der Liste standen, können wir auch nicht wirklich einsparen. Ein paar Sachen haben wir aber gemacht: Wir haben die Eigen-

*Ich kann ein Lied von dieser Art an Ausnahmetatbeständen singen.*

heimzulage komplett abgeschafft. Wir hatten auch die Pendlerpauschale verändert. Dann kam wieder ein Verfassungsgerichtsurteil und hob die Entscheidung auf.

Es ging etwa um 6 Mrd €. Dann die Frage des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes: Da ging es um die Qualität des ÖPNV, also um die Frage, ob die Busse und Straßenbahnen überall fahren können. Dort haben die Länder auf höheren Zuschüssen bestanden – ich kann Ihnen ein Lied von dieser Art an Ausnahmetatbeständen singen. Bankdienstleistungen etwa sind umsatzsteuerbefreit – auch eine Subvention. Ist sie nötig?

**Manfred Weber:** Es ist eine indirekte Steuer, Herr Schneider, und sie „subventioniert“ – wenn man diesen Begriff hier überhaupt verwenden kann – die Kunden, nicht die Banken. Sie wollen doch nicht wirklich das Guthaben vom eigenen Konto mit Mehrwertsteuer belasten? Man sollte den Bürgern ehrlich sagen, was man vorhat. Und wenn Sie

*Ein großer Anteil der Bevölkerung zahlt gar keine direkten Steuern mehr.*

Erhöhungsmöglichkeiten bei den Steuern sehen, dann müssen wir auch in den Blick nehmen, wie sich die Belastung heute verteilt. Ein großer Anteil der Bevölkerung zahlt gar keine direkten Steuern mehr, keine Einkommensteuer, keine Lohnsteuer. Und es bringt wenig, wenn diejenigen, die vor einiger Zeit noch die „Besserverdienenden“ genannt wurden, mit noch höheren Abgaben belastet werden. Es gibt auch den Halbteilungsgrundsatz des

*Bildungsinvestitionen sind das Einzige,  
was wirklich Wachstum erzeugt.  
(Axel Börsch-Supan)*



Bundesverfassungsgerichtes, den wir – einschließlich Solidaritätszuschlag und so genannter Reichensteuer – leicht erreicht haben. Stattdessen wäre ich zumindest für Transparenz, indem wir alle diese Sonderabgaben in den normalen Einkommensteuertarif einrechnen, damit der Bürger auch klar sieht, wie scharf die Progression bei uns in Deutschland ist – und zwar nicht nur bei den Gutverdienenden, sondern vor allem bei den normalen Facharbeitern, im mittleren Bereich des Einkommensteuertarifs.

**Carsten Schneider:** Das ist richtig, in meinem Wahlkreis Erfurt und Weimar zahlen mindestens 50% der Haushalte überhaupt keine Einkommensteuer. Sie zahlen keinen Cent, auch weil viele zu geringe Löhne haben – das ist auch so ein Punkt, über den man reden muss, Stichwort:

*Ich halte es für eine Mär, dass die Ausgaben das Problem sind.* Mindestlohn. Und die oberen 10% zahlen 50% des Aufkommens. Das geht nicht, da gebe ich Ihnen vollkommen Recht. Aber dass die Ausgaben das Problem sind, das halte ich trotzdem für eine Mär. Glauben Sie mir, ich arbeite seit elf Jahren mit am Bundeshaushalt. Ich hatte dabei schon mehrere Sparrunden, aber nur unter Hans Eichel. In der großen Koalitionen mit der CDU haben wir nie gespart. Wir hatten eine gute Zeit.

Wir haben profitiert von der Agenda 2010 und dem Aufschwung, der gekommen ist. Aber wir haben nie gespart. Das ging auch, weil die

*Wir haben von der Agenda 2010 und dem Aufschwung profitiert, aber wir haben nie gespart.* Wachstumsraten des Staatshaushaltes unterhalb des BIP-Wachstums lagen, sodass letztlich die Gesamtverschuldung gesunken ist. Die Schuldenstandsquote, also das

Verhältnis der Staatsschulden zum BIP, ist damals auf 63% gesunken. Jetzt geht sie wieder hoch auf 83%. Im Übrigen haben wir 1998 eine Staats-

quote von 49,5% übernommen und sie auf 43,5% heruntergebracht. Das heißt, im Kern waren wir auf einem guten Weg. Jetzt ist diese Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen, und ich wehre mich gegen den Vorwurf, der Staat sei schuld, der müsse jetzt kürzen. Das ist einfach zu kurz gesprungen.

**Georg Unland:** Meines Erachtens ist das der falsche Systemansatz. Das, was eine ganz normale Familie macht, macht der Staat nämlich nicht. Eine Familie schaut sich an, welches Einkommen sie hat, und steuert danach die Ausgaben. Sie schlagen vor: Man schaue sich die Ausgaben an und versuche dann, die entsprechenden Einnahmen zu organisieren. Das ist in meinen Augen nicht realistisch. Aber genau das ist die falsche Politik, die gemacht wird.

*Eine Familie schaut sich an, welches Einkommen sie hat, und steuert danach die Ausgaben.*

**Manfred Weber:** Ich glaube, wir beißen uns in der Diskussion zu sehr an diesen finanziellen Fragen fest. Nun bin ich als Volkswirt und Banker der Letzte, der den Finanzen nicht große Bedeutung beimessen würde. Aber es geht doch um etwas ganz anderes. Sehen Sie es einmal aus einem anderen Blickwinkel: In China absolvieren Jahr für Jahr genauso viele Menschen ein Ingenieurstudium mit Abschlussprüfung, wie wir in Deutschland insgesamt beschäftigen.

Jetzt können Sie sagen, na ja, vielleicht ist die Ausbildung dort nicht ganz so gut wie an einer deutschen technischen Hochschule. Nun, ich glaube, auch das stimmt nicht. Aber selbst wenn: Es vollziehen sich einfach weltwirtschaftliche Entwicklungen, denen wir uns stellen müssen. Wir können uns davon nicht abkoppeln. Wir sollten uns davon auch nicht abkoppeln, weil

*Es vollziehen sich weltwirtschaftliche Entwicklungen, denen wir uns stellen müssen.*

darin unsere Zukunftschancen liegen. Und mit Blick auf die jungen Menschen gefragt: Wo genau liegen deren Zukunftschancen? Womit machen wir sie und damit unsere Volkswirtschaft im internationalen Vergleich wettbewerbsfähiger?

**Manuel Hartung:** Herr Schneider, die Sache mit den Politikern und Staatsmännern, die wir zu Beginn angesprochen haben, wollte ich nochmals aufgreifen. Herr Professor Weber hat ein Zitat von Peer Steinbrück aus dem „Rheinischen Merkur“ angeführt: Wäre er heute ein junger Mensch, er würde mit einem Protestplakat auf die Straße gehen. Warum tun wir beide das eigentlich nicht? Wo ist unsere Revolution gegen diejenigen, die sich einfach von der Rentnerbank aus die ganze Misere, die sie mit angerichtet haben, ansehen wollen?

**Carsten Schneider:** Mein persönliches Bauchgefühl ist, dass sich viele junge Leute inzwischen in die innere Emigration begeben haben, indem sie sagen: Das nutzt ja alles sowieso nichts. Oder es ist ihnen sozusagen von Haus aus egal, dem Elternhaus nämlich, womit wir bei dem von Professor Börsch-Supan genannten Problem und seiner praktischen Bewältigung wären. Denn gehen Sie einmal mit mir ins Neubaugebiet. Ich kann Ihnen sagen: Dort bekommen die jungen Leute sehr oft nichts mit auf den Weg außer dem nachmittäglichen Fernsehprogramm.

**Axel Börsch-Supan:** Ich stimme mit Ihnen überein, dass wir diesen weniger begüterten Menschen die Studiengebühren erlassen müssen. Aber warum denn der oberen Mittelschicht und den Reichen? Von denen kann man doch Studiengebühren einfordern. Deswegen braucht man doch nicht gleich grundsätzlich dagegen zu sein! Und dieses Prin-

*Die jungen Leute bekommen oft nichts mit auf den Weg außer dem nachmittäglichen Fernsehprogramm.*

zip kann man überall durchdeklinieren, auch im Gesundheitssystem. Im Augenblick macht der Staat einfach zu viel, und zwar an der falschen Stelle – zu wenig in der unteren Schicht, in den unteren 20%. Dort sparen wir im Augenblick zu viel, und dafür tun wir viel zu viel in der Mittelschicht. Und ja, es gibt noch immer überflüssige Subventionen, die in der Tat schon auf der Koch-Steinbrück-Liste standen. Wir müssten nur einfach dort weitermachen, wo wir vor vier Jahren aufgehört haben.

*Im Augenblick macht der Staat einfach zu viel, und zwar an der falschen Stelle.*

**Manuel Hartung:** In etwas mehr als zehn Jahren geht die Baby-boomer-Generation in Rente. Der Jahrgang 1964 hat 1,357 Mio Mitglieder, mein Jahrgang 1981 nur noch etwa 800.000. Wenn der in Rente geht – werden wir dann erst den großen Generationenkonflikt haben, den Peer Steinbrück schon jetzt vermisst?

**Axel Börsch-Supan:** Nein, den werden wir auch dann nicht haben. Um diesem Konflikt vorzubeugen, haben wir ja die Rente mit 67, den Nachhaltigkeitsfaktor und die Riester-Rente beschlossen. Und wir werden damit zwar nicht komfortabel, eher gerade eben noch knirschend landen. Wir werden einsehen müssen, dass die Renten in Relation zu heute um ungefähr 15% abgesenkt werden und die Beiträge trotzdem nochmals um vielleicht vier Prozentpunkte steigen. Aber wir werden mit einem Kompromiss gerade so durchkommen. Ich glaube daher nicht, dass wir auf einen „Krieg der Generationen“ zusteuern.

*Ich glaube nicht, dass wir auf einen „Krieg der Generationen“ zusteuern.*

Was mir dagegen Sorge bereitet, ist, dass in absehbarer Zeit die nächste Krise kommt. In den letzten 15 Jahren hatten wir drei große Krisen: die Asien-Krise, die Dotcom-Krise und die jetzige. Innerhalb der nächsten

zehn Jahre wird es eine weitere Krise geben, fürchte ich, und dann haben wir unsere Schulden von dieser Krise immer noch nicht abgetragen. Das geht nicht. Die Krisenpolitik, die Sie, Herr Weber, so gelobt haben, verdient dieses Lob meines Erachtens nur halb. Ich glaube, dass man da

*Wir müssten die krisenbedingten Schulden abbauen, bevor die nächste Krise kommt.*

etwas zu viel zugeschlagen hat. Maßnahmen wie die Abwrackprämie etwa, die haben uns ein paar Milliarden gekostet und nicht viel gebracht. Solche Dinge darf man

grundsätzlich nicht tun. Wir müssten die krisenbedingten Schulden abbauen, bevor die nächste Krise kommt. Wir dürfen nicht in Zeiträumen von 20 Jahren beim Schuldenabbau denken, wenn wir die Schulden zuvor in einem Jahr akkumuliert haben.

**Carsten Schneider:** Die Gesetzeslage ist jetzt so, dass alle Schulden aus der Krisenintervention, aus Maßnahmen wie der Abwrackprämie, zwingend getilgt werden müssen, und zwar separat vom Bundeshaushalt über den höheren Bundesbankgewinn. Und der wird in den nächsten Jahren hoch sein, höher jedenfalls als die 3 Mrd €, die der Bundeshaushalt bekommt. Und alles darüber hinaus ist zur Tilgung vorgesehen. Wir haben damit zum ersten Mal einen Mechanismus mit einer Konjunkturkomponente.

**Axel Börsch-Supan:** Aber es geht zu langsam. Genauso schnell wie die Schulden gemacht werden, müssen sie auch wieder abgebaut werden. Und das machen wir nicht. Wir fahren die Schulden schnell hoch und konsolidieren dann zu langsam.

**Manfred Weber:** Herr Börsch-Supan, wir müssen dabei einfach das Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise akzeptieren. Ich war ja auf unserer Seite zwangsläufig auch an den ganzen Maßnahmen beteiligt.



Wir haben einen solchen Einbruch noch nicht erlebt, ein Minus von 5% beim Bruttoinlandsprodukt im letzten Jahr. Und dann muss man wissen: Das gilt nicht für die gesamte Wirtschaft, das ist eine Durchschnittszahl. Es konzentrierte sich in einigen Bereichen, etwa dem Maschinenbau, der Automobilindustrie und deren Zulieferern oder auch der chemischen Industrie. Dort verzeichneten wir Einbrüche von 20 %, ja 30% und mehr.

Gleiches gilt für die regionale Verteilung, wo der Einbruch in Baden-Württemberg viel stärker war als beispielsweise in Nordrhein-Westfalen. Insgesamt war das so gravierend, da musste einfach gegengesteuert werden. Und es stand nicht im Lehrbuch, wie man so etwas macht. Und noch eine Anmerkung: Wir werden 2010 nach den gängigen Prognosen ein reales Wachstum haben, die Bundesregierung sagt 1,5%. Das entspricht auch unserer Prognose. Andere sagen: 2%. Das ist relativ moderat und überhaupt noch nicht gesichert. Von daher verstehe ich schon, dass man in diesem Jahr noch nicht, sozusagen mit der Brechstange, zu konsolidieren anfängt. Aber die Aufgabe steht ab 2011 vor uns.

*Ich verstehe schon, dass man in diesem Jahr nicht mit der Brechstange zu konsolidieren anfängt.*

## **Reaktionen des Publikums**

**Manuel Hartung:** Ich jedenfalls bin mir nicht so sicher, ob dieser „Krieg der Generationen“ nicht doch irgendwann kommen wird, und wenn ja, wann und wie. Aber wenn Herr Steinbrück die junge Generation antreiben muss, tatsächlich auf die Straße zu gehen, Protestplakate hochzuhalten, dann gibt es vielleicht auch noch Nachholbedarf in Sachen Handlungsbereitschaft unserer Generation. Zunächst einmal herzlichen Dank, meine Herren hier auf dem Podium. Jetzt ist das Publikum gefragt. Wir wollen Ihren Rat, Ihre Expertise, Ihre Fragen an das Podium aufgreifen. Ich möchte Sie herzlich einladen, jetzt mit uns zu diskutieren.

**Publikumsfrage:** Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtages. Wir haben gehört, dass der Bund die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert hat. Das war ja ein Ergebnis der Föderalismuskommission II, und das war auch richtig so. Aus Politikern im eingangs zitierten Sinne Staatsmänner zu machen, das ist sicher auch auf Landesebene nötig. Meine Frage deshalb: Bis 2020 müssen wir auch unsere Landeshaushalte ausgeglichen haben. Wie und wie schnell sollte da eine Verankerung der Schuldenbremse auch in den Landesverfassungen durchgesetzt werden? Und eine zweite Frage vor allen Dingen an Sie, Kollege Schneider: Wir haben ja einen Versuch gestartet, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern zu regeln. Sollten wir die Diskussion mit einer weiteren Runde der Föderalismuskommission fortsetzen, oder sollten Bund und Bundesländer jetzt anderweitig zueinander kommen?

*Wie schnell sollte eine Schuldenbremse auch in den Landesverfassungen durchgesetzt werden?*

**Carsten Schneider:** Mich hat sehr gewundert, dass gerade die Länder darauf bestanden haben, keine strukturelle Neuverschuldung mehr haben zu wollen. Konjunkturell dürfen sie ja weiterhin noch Schulden machen, auch über 2020 hinaus, aber dann muss der Haushalt wieder ausgeglichen werden. Das heißt jedoch: Im Endeffekt wird der Bund zahlen. Denn wenn die Länder sagen: „Wir können nicht!“, und der Bund kann zumindest noch ein bisschen, wird es wahrscheinlich so sein, dass er dann zahlen muss. Ich vermute, es wird nicht in dieser, aber in der nächsten Legislaturperiode passieren, weil 2019 ja alles ausläuft, der gesamte Länderfinanzausgleich, also auch der Solidarpakt.

*Wenn die Länder sagen: „Wir können nicht!“, dann wird wahrscheinlich der Bund zahlen müssen.*

Wenn es nicht zu einer Anschlussregelung kommt, gibt es nichts mehr. Dann bleibt das alles einfach so, wie es ist, auch die Steueraufkommen bei den Ländern. Speziell für die ostdeutschen Länder wird das heikel. Sachsen bekommt wohl derzeit 2 Mrd € Zuweisung aus dem Länderfinanzausgleich. Die Sachsen müssen also ziemlich schnell auf die Füße kommen und selbstständig werden. Und ich glaube, es führt dabei auch kein Weg an einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf verschiedenen Ebenen und der Zusammenlegung von Ämtern vorbei.

*Es führt kein Weg an einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern vorbei.*

**Manuel Hartung:** Was soll der Zeitplan für die Länder sein, Herr Minister? Das war der erste Teil der Frage von Herrn Dr. Rößler.

**Georg Unland:** Der Zeitrahmen ist ziemlich hart. Wir wissen: Wenn wir die strukturellen Anpassungen nicht innerhalb kürzester Zeit schaffen, nehmen wir die Kurve nicht mehr. Deshalb wird der Haushalt in Sachsen anders aufgestellt als in anderen Ländern. Wir haben schon ein

sehr gutes Gefühl dafür, was wir an Einnahmen haben. Wir fangen daher

*Wir fangen mit den Einnahmen an und nicht etwa umgekehrt, nach dem Motto „Wünsch dir was“.*

mit den Einnahmen an und überlegen dann, die Ausgaben so zu konfigurieren, dass sie zu den Einnahmen passen – und nicht etwa umgekehrt, nach dem Motto „Wünsch dir was“. Denn das ist ein Grundübel dieses

Landes. Aber nicht nur Deutschlands. Das ist in England, in Spanien, das ist überall das Problem.

**Publikumsfrage:** Peter Patt aus Chemnitz, ich spreche für den Deutschen Familienverband und frage mich: Wie viele Schulden sind denn überhaupt tragbar? Denn bisher wurde nur diskutiert, wie wir die Neuverschuldung zurückholen, auch durch die Schuldenbremse auf Bundesebene. Aber wir tragen ja schon einen gewissen Batzen vor uns

*In den Diskussionen kommt viel zu kurz, dass der Altschuldenbestand zurückgeführt werden muss.*

her. Frage also: Was passiert mit den Altschulden? Wie viele dieser Schulden mendeln sich eines Tages aus, vielleicht durch Inflation? Und wer trägt dazu bei, dass der Rest zurückgezahlt wird? Das kommt in den Dis-

kussionen viel zu kurz, dass dieser Altschuldenbestand auch noch zurückgeführt werden muss. Um zur Verdeutlichung der Frage ein Beispiel zu gebrauchen – in unseren Veranstaltungen fragen die Kinder manchmal sinngemäß ihre Eltern: „Papa, brauchen wir das eigentlich alles, was ihr gekauft habt und was ihr Vermögenswerte nennt, die ihr uns hinterlassen wollt?“

**Manfred Weber:** Eine komplexe Frage. Grundsätzlich gibt es durchaus vertretbare Gründe, bestimmte Staatsausgaben mit Krediten zu finanzieren. Nur die Regeln, die wir dafür traditionell aufgestellt haben, waren nicht sehr zielführend. Im Grunde sollte man nur all das über

Kredite finanzieren, was Wachstum fördert. Der Investitionsbegriff im deutschen Haushaltsrecht ist aber leider so definiert, dass er Stein, Beton und Mörtel fördert, aber nicht unbedingt Wachstum im volkswirtschaftlichen Sinne und damit auch nicht Zukunft.

Von daher, meine ich, sollten wir die Aufgabe, die bestehenden Staatsschulden aus langen Jahren der Vergangenheit zurückzuführen, jetzt nicht in den Vordergrund stellen. Das ist, für sich betrachtet, auch nicht die Last, die mir die größten Kopfschmerzen bereitet. Was mich umtreibt, ist in der Tat, wie wir eine glaubwürdige Politik betreiben, um erst einmal von den Defiziten herunterzukommen, von konjunkturellen Effekten natürlich abgesehen. Wenn wir das schaffen, haben wir schon Großes geleistet. Sie haben völlig Recht, im längerfristigen Kontext muss man vieles neu in den Blick nehmen – nicht nur die Frage, ob Kinder Mitspracherechte bei Haushaltsanschaffungen haben sollten, weil das ja auch ihr Vermögen und ihre Zukunft ist. Aber denken Sie an unsere Umwelt, an unser Klima. Das ist auch etwas, was wir vererben, nicht jeder einzelne Haushalt, aber diese Generation an eine nächste Generation, die damit leben muss.

**Axel Börsch-Supan:** Ich bin bei zwei Bemerkungen von Herrn Patt sehr nervös geworden. Die eine: „Schulden mendeln sich weg“ und die andere: „Schulden inflationieren sich weg.“ Schulden mendeln sich nicht weg. Sie sind da und müssen zurückgezahlt werden. In einem Land mit hohem Bevölkerungswachstum mag das mit dem Wegmendeln in gewisser Weise funktionieren, aber bei uns passiert in dieser Hinsicht genau das Gegenteil. Die Pro-Kopf-Schulden werden also steigen und nicht sinken. Und ein

*Im Grunde sollte man nur all das über Kredite finanzieren, was Wachstum fördert.*

*Schulden mendeln sich nicht weg. Sie sind da und müssen zurückgezahlt werden.*

Wirtschaftswachstum, das alles Schlechte hinwegschwemmt, sehen wir auch nicht. Herr Weber hat die Prognose genannt.

Und „weginflationieren“, das hört sich so an, als ob es ganz harmlos wäre: Die Probleme verschwinden von allein, ohne Steuererhöhungen und dergleichen. Das ist natürlich eklatant falsch. Inflation zieht uns das Geld aus der Hosentasche, wie eine andere Art von Steuern! Wenn die Kaufkraft des Geldes verschwindet, dann können wir uns eben nichts mehr

*Die Inflation zieht uns das Geld aus der Hosentasche, wie eine andere Art von Steuern!*

davon leisten. Also, weder das eine noch das andere geht. Stattdessen muss man das Zurückzahlen der Schulden durch harte Ausgabenkürzungen bewerkstelligen, weil wir die Einnahmen nicht genug steigern können. Das tut weh, von Generation zu Generation mehr. Aber Wunschdenken hilft nicht.

**Publikumsfrage:** Lars Rohwer, haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag. Finanzminister Unland hat vorhin davon gesprochen, dass Schulden ja irgendwann zurückzuzahlen sind. Für mich stellen sich zwei Fragen: Herr Börsch-Supan, ist schon mal gerechnet worden, wie es überhaupt ginge und wie lange es brauchte, diese Schulden, die der Bund aufgehäuft hat, zurückzuzahlen, jene 1,6 Bio €? Und die zweite Frage geht an Herrn Schneider und schließt sich an das soeben Gesagte an: Können Sie sich vorstellen, im Bund, so wie es in Sachsen gemacht wurde, die Pro-Kopf-Verschuldung auf einem bestimmtem Niveau einzufrieren?

**Axel Börsch-Supan:** Es dauert ungefähr zehn Jahre, um die Schuldenquote um 15 % des Bruttosozialproduktes zu senken. Im Augenblick haben wir so ungefähr 60 %, das heißt also 40 Jahre dauert es, ein ganzes Erwerbsleben lang – aber das auch nur, wenn wir ganz

konsequent die alten Schulden abbauen, ohne neue Schulden aufzunehmen, auch nicht für Investitionen. Ich wünsche Ihnen daher viele Wiederwahlen.

**Carsten Schneider:** Die entscheidende Größe ist das Verhältnis der Schulden zum Bruttosozialprodukt. Und da sind wir eben gerade nicht bei 60%. Wir waren bei 63%, gehen jetzt auf die 70% zu und kommen

2013, nach jetziger Finanzplanung, auf 83% – wenn wir gut sind. Es ist aber bisher empirisch nicht belegt, ab wo es kritisch wird. Natürlich haben Sie immer die Zinslast, die Sie finanzieren müssen. Aber der entscheidende

*Es dauert ungefähr zehn Jahre, um die Schuldenquote um 15% des Bruttosozialproduktes zu senken.*

Punkt ist: Genießen Sie Vertrauen, bekommen Sie als Staat noch Geld am Markt? Und bisher genießen wir als Deutsche großes Vertrauen am Markt. Unsere Umlaufrendite sinkt permanent. Wir sind mittlerweile bei 2,7%.

Wir haben ein Triple-A-Rating bei Standard & Poor's, während das von Amerikanern und Briten schon angekratzt ist. Zur Erhaltung dieses Marktvertrauens ist für mich die Kernfrage, wie wir qualitatives Wachstum im besprochenen Sinne, inklusive Bildung, erreichen können.

*Bisher genießen wir Deutschen großes Vertrauen am Markt.*

Im Übrigen, ja, Schulden an sich sind ein großes Thema, aber wirklich entscheidend ist die Schuldenstandsquote. Deswegen, ehrlich gesagt, werde ich es wahrscheinlich nicht mehr erleben, dass die 1 Bio €, bei der wir jetzt sind, tatsächlich in die Tilgung kommt. Es würde theoretisch schon reichen, wenn wir langsam 30% Schuldenstand anpeilen. Das wäre ein realistisches Ziel. Das ist schon hart genug, aber es würde zunächst ausreichen.

*Ich werde es nicht mehr erleben, dass die 1 Bio € Altschulden tatsächlich in die Tilgung kommt.*

**Publikumsfrage:** Agnes Muche, Vorsitzende des Vorstandes der Aktion Zivilcourage in Pirna. Ich gehöre zur jungen Generation und sehe das Ganze aus einer etwas anderen Perspektive. Es wurde gefragt, warum wir nicht auf die Straße gehen. Wir haben letztes Jahr in Deutschland alle gesehen, wie so etwas läuft, und zwar als es um den Bildungsstreik ging. Wie so oft bei jungen Menschen wurde da an vielen Stellen weit

*Ich wünsche mir, dass man Hochschuldozenten zumindest das Angebot einer Didaktik- ausbildung macht.*

über das Ziel hinausgeschossen. Man sollte einmal darüber nachdenken, nicht immer nur die Qualität der Schulbildung in Form von PISA-Studien zu überprüfen, sondern auch die der Hochschulbildung. Aus meiner Lehramtsstudentenperspektive würde ich mir wünschen, dass man Praxis und Studium besser verknüpft, dass man auch die Potenziale, die jetzt mit der Bologna-Reform eingeführt worden sind, besser ausnutzt. Vor allem aber wünsche ich mir, dass man den Hochschuldozenten zumindest das Angebot einer Hochschuldidaktik-Ausbildung macht, weil es sowohl für die Dozenten als auch für die Studenten unbefriedigend ist, wenn beide merken, dass sie an die gegenseitigen Grenzen stoßen.

**Manuel Hartung:** Wir haben drei Hochschullehrer hier auf dem Podium, die selbst vielleicht keine Hochschuldidaktik-Ausbildung brauchten. Würden Sie für einen weiteren Leistungsvergleich der Hochschulen neben Exzellenzinitiative und internationalem Ranking, die es schon gibt, plädieren?

**Axel Börsch-Supan:** Das klingt jetzt natürlich etwas billig, aber ich denke nicht, dass wir zuvorderst auf die Hochschulen schauen sollten. Unsere Bildungsprobleme sind nicht primär im Hochschulsektor angesiedelt. Der ist auch nicht gerade glänzend, gewiss. Aber wir haben Problem-



sektoren, die sind noch viel schlimmer. Besonders in der Früherziehung hapert es bei uns, und zwar in höchstem Maße. Wir haben einen ganz geringen Prozentsatz von Kindern, insbesondere im Westen, die in den Kindergarten gehen. Die Integrationsleistung der Schule ist bei uns irgendwie verloren gegangen. Das ist die eine Baustelle. Und die andere Baustelle ist lebenslanges Lernen und Weiterbildung. Da sind wir auch ganz weit hinten. Wir glauben alle noch, dass wir, wenn wir mit 25 unseren Job anfangen, ihn dann mit 67 auch noch haben. Aber das ist nicht so. In der Zeit dazwischen ändert sich die Welt, und wir müssen uns mit ihr ändern. Ich denke, dass die wirklich strategischen Baustellen in puncto Bildung nicht zuvorderst in den Hochschulen zu finden sind. Aber um auf Ihre einfache Frage zu antworten, ich habe in der Tat eine hochschuldidaktische Ausbildung gehabt, aber nicht in Deutschland, sondern in den USA.

*Unsere Bildungsprobleme sind nicht primär im Hochschulsektor angesiedelt.*

**Publikumsfrage:** Olaf Raschke, Oberbürgermeister der Stadt Meißen. Wir haben heute viel über Bildung und Bildungsausgaben gehört. Wenn ich mit Unternehmern spreche, erfahre ich immer wieder, dass allgemeiner Fachkräftemangel herrscht, Tendenz steigend. Es reicht nicht einmal mehr, schon im Dezember des Vorjahres junge Leute zu rekrutieren, die man dann in die Ausbildung schicken kann. Auf der anderen Seite aber herrscht hohe Jugendarbeitslosigkeit. Und was machen wir mit den 40-Jährigen, die schon seit zehn Jahren nicht mehr im Job sind? Einerseits haben wir Probleme, sozusagen den Lebensstandard zu halten, andererseits hängen ausgebildete Leute am staatlichen Tropf. Was ist da zu tun?

**Axel Börsch-Supan:** Um auf einen Punkt zurückzukommen, auf den Sie, Herr Hartung, schon angespielt hatten. Die Vorstellung, wenn die Leute länger arbeiten, also bis 67 anstatt bis 65, würden sie den Jüngeren die Arbeitsplätze wegnehmen, ist grob falsch. Es ist genau umgekehrt.

*Es ist teuer, Leute früh in Rente zu schicken. Dadurch werden die Lohnnebenkosten höher.*

Schauen Sie in den OECD-Studien nach, wo es hohe Frühverrentungsraten gibt – das sind genau die Länder, die auch hohe Jugendarbeitslosigkeit haben. Das mag erst einmal erstaunen, aber der Mechanismus ist relativ

simpel: Es ist ganz einfach teuer, Leute früh in die Rente zu schicken. Das müssen die jungen Leute bezahlen, dadurch werden ihre Lohnnebenkosten höher und dadurch stellt man weniger von ihnen ein. Hier gilt es also, Konfliktpotenzial herauszunehmen.

Der Fachkräftemangel ist die Vorhut des demographischen Wandels. Ihn merkt man an den Hochqualifizierten zuerst, an den Geringqualifizierten ganz am Schluss. Das wird jetzt von Jahr zu Jahr spürbarer werden. Dabei baut sich das Problem der Jugendarbeitslosigkeit

*Wir dürfen nicht auf Dauer einen Bodensatz junger Leute bekommen, die wir nicht beschäftigen können.*

durch den demographischen Wandel im Prinzip von selbst ab. Es sei denn, wir machen wieder einen Fehler im Bildungssystem und zementieren ein zweigleisiges System, das zu viele unqualifizierte Menschen zurück-

lässt, die nie einen Job bekommen, und zu wenige Qualifizierte hervorbringt, denen die Unternehmen hinterherlaufen. Auch deswegen ist Bildung so wichtig, damit wir nicht auf Dauer einen Bodensatz an jungen Leuten bekommen, die wir nicht beschäftigen können, obwohl die Nachfrage nach Arbeitskraft wegen des demographischen Wandels wieder steigen wird.

**Publikumsfrage:** Christian Mathea, Wirtschaftsredakteur bei news.de. Kurt Biedenkopf hat kürzlich in einem Interview gesagt, dass sich die Jugendlichen in Zukunft vielleicht total zurückziehen könnten, nicht mehr an der Gesellschaft teilnehmen wollten und von Hartz IV lebten, um die Schuldenlast nicht aufgebürdet zu bekommen. Für wie groß halten Sie die Gefahr? Dann habe ich noch eine Frage zur Aussage des Ministerpräsidenten Tillich, man solle den Wachstumsbegriff reformieren, indem man die Umwelt oder den Lebensstandard, die Qualität des Lebens mit einrechnet. Wie soll man das in Zahlen fassen? Und zum Abschluss könnte vielleicht jeder von Ihnen nochmals dezidiert zwei, drei Punkte nennen, wie man die Schulden tatsächlich senken kann.

**Manuel Hartung:** Fangen wir mit der Aussage Kurt Biedenkopfs an. Sehen Sie die Gefahr, Herr Schneider, dass Menschen sich komplett aus dem System verabschieden, weil sie die Schulden nicht tragen möchten?

**Carsten Schneider:** Es gibt nicht nur vererbte Armut, es gibt auch vererbte Bildungsarmut und damit geringere Chancen. Und wenn man eben gerade mal einen Hauptschulabschluss hat, keine Lehrstelle bekommt oder vielleicht eine bekommt, aber dann keinen Job oder nur einen ganz schlecht bezahlten, dann stellt sich schon die Frage: Lohnt sich das für mich überhaupt, morgens aufzustehen und da hinzugehen, oder kriege ich das Gleiche auch, wenn ich nicht hingehere? Das ist zunächst einmal eine ganz normale soziale Reaktion. Der muss man sich aber stellen. Herr Koch hat bekanntlich gerade versucht, das aufzugreifen. Ich will ihn nicht gänzlich verdammen.

*Es gibt nicht nur vererbte Armut, es gibt auch vererbte Bildungsarmut und damit geringere Chancen.*

Wir haben ja mit Arbeitslosengeld II und Hartz IV Änderungen am System vorgenommen: fördern und fordern. Und wenn die Leute unter 25 sind, erhalten sie mittlerweile sofort eine Sperre. Die Regelung muss eben nur wirklich auch angewandt werden. Es geht darum, dass die jungen Leute arbeiten lernen, dass sie sich soziale Kompetenzen aneignen, lernen, morgens aufzustehen, etwas für sich zu tun und sich nicht treiben zu lassen. Und wenn sie das nicht gleich zu Beginn lernen,

*Junge Leute sollten sich soziale Kompetenzen aneignen, lernen, sich nicht treiben zu lassen.*

lernen sie es nie, dann ist es eingeschliffen und dann durchlaufen sie eine dieser leider auch noch erblichen Sozialhilfekarrieren. Dabei brauchen wir sie, um den Wohlstand in diesem Land zu sichern. Also, die Gefahr gibt es, und die muss man auch klar benennen.

**Manuel Hartung:** Zur zweiten Frage: Herr Börsch-Supan, wie kann qualitatives Wachstum aussehen?

**Axel Börsch-Supan:** Ehrlich gesagt, verstehe ich den Unterschied zwischen quantitativem und qualitativem Wachstum nicht. Wenn wir in Bildung investieren, dann nennen wir das „qualitatives Wachstum“. Aber es erhöht den Umfang von Dienstleistungen im Bildungssektor, sorgt also für ein höheres Bruttosozialprodukt, und damit ist es natürlich auch quantitatives Wachstum. Wir gehen von einer industriellen Gesellschaft in eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft über, und das Bruttosozialprodukt kommt zunehmend nicht mehr durch greifbare Dinge zustande, sondern durch das, was zwischen beiden Ohren sitzt, also Software, Dienstleistung im weitesten Sinne, und ist damit automatisch „qualitativ“. Also, ich sehe da nicht den großen Widerspruch.

Ich wollte noch etwas zu der Frage sagen: „Wie hört man mit den Schulden auf?“. Wie gewöhnt man dem Alkoholiker den Alkohol ab? Indem man die Flasche wegsperrt. Anders geht es nicht. Nur noch ein halbes Glas, das funktioniert nicht. Und deswegen braucht man so etwas wie die Schuldenbremse. Ich kann uns allen nur wünschen, dass wir die konsequent durchhalten und nicht wieder anfangen sie aufzuweichen, zu durchlöchern. Es muss wehtun, sonst funktioniert es nicht. Keine Echter-nacher Springprozeession bei der Schuldenbremse!

**Manuel Hartung:** Jetzt noch die Handlungsanweisungen zum Schuldenabbau. Wenn jeder von Ihnen hier auf dem Podium zwei Punkte beisteuert – vielleicht können wir dann so eine Art Flipchart zusammenstellen, mit der man aus der Veranstaltung hinausgeht und weiß: Das sind die acht Punkte, mit denen wir anfangen müssen.

**Manfred Weber:** Man muss grundsätzlich alle öffentlichen Ausgaben, und dazu gehören auch die Steuersubventionen, auf den Prüfstand stellen. Da gibt es nach wie vor einiges, was sich in langen Jahren angesammelt hat, was heute aber in Anbetracht der Herausforderungen, vor denen wir stehen, keinen Sinn mehr macht und was wir uns angesichts der hohen Verschuldung einfach nicht mehr leisten können. Ganz abgesehen davon, dass damit auch Fehllenkungen von Kapital verbunden sind, die nicht zu effizientem Wirtschaften beitragen.

Und das Zweite ist, dabei bleibe ich: Wachstum, Wachstum, Wachstum – nicht im Sinne einer Steuerung von oben herab durch die Politik, sondern verbunden mit der Frage: Wo können wir denn in Zukunft

überhaupt wettbewerbsfähig sein, und was kann die Politik hierzu beitragen? Ansonsten verlasse ich mich da auf den Markt, auf das Unternehmertum. Wir müssen aber unseren jungen Leuten das notwendige

*Wir müssen jungen Leute das Wissen mitgeben, das sie international wettbewerbsfähig macht. Wo können wir besser sein, in fünf Jahren, in zehn Jahren? Wir können doch nicht mit China um*

Billigprodukte konkurrieren, und wir können auch nicht mit anderen Volkswirtschaften bei der Förderung von Steinkohle konkurrieren. Die Frage ist: Wo kann, wo will ich besser sein in zehn Jahren, und wie schaffe ich das?

**Georg Unland:** Meine Überzeugung ist, wir werden das Problem nicht in den Griff bekommen, wenn wir keine klareren Verantwortlichkeiten haben: Wer ist für das Rentensystem zuständig? Wer ist für das Gesundheitssystem zuständig? Wir haben eine Vermischung der

*Wir werden das Problem nicht in den Griff bekommen, wenn wir keine klaren Verantwortlichkeiten haben.*

Finanzierungen dieser Systeme, und dadurch wird nicht mehr deutlich, wo die Verantwortlichkeiten liegen. Wir brauchen diese Verantwortlichkeiten, wenn wir zu echten Maßnahmen kommen wollen. Ich bin auch davon überzeugt, dass wir an vielen Stellen ansetzen müssen. Die Vorstellung, dass wir nur hier und dort ein bisschen aufräumen müssen und damit das Land wieder vom Kopf auf die Füße stellen, habe ich nicht.

Eine Anmerkung aber noch zu China: Ich kenne mich dort relativ gut aus, weil ich mit zu den Ersten gehörte, die damals nach China mussten, als sich das Land öffnete. Und weil ich auch später viel dort zu tun hatte. Es ist nicht so, dass China sich nur auf Niedriglohn-Jobs spezialisiert hat oder dass es nur Billig- und Massenprodukte herstellt.

Die Chinesen haben eine ganz klare Strategie, wie sie in den Hightech-Bereich hineinkommen. Und machen wir uns nichts vor: In einigen Bereichen sind sie uns inzwischen weit voraus. Wenn Sie auf die Nachrichtentechnik schauen und einige andere Bereiche, aus denen sich deutsche oder europäische Firmen verabschiedet haben – dort dominieren heute chinesische Unternehmen den Weltmarkt. Das merken wir inzwischen schon gar nicht mehr, weil wir es den Markennamen nicht ansehen, die die Produkte tragen.

Machen wir uns nichts vor: Diese Länder sind noch hungrig, ihre Bevölkerung ist noch hungrig. Und wenn wir diesen Hunger nicht mehr bei unserer eigenen Bevölkerung wecken, dann werden wir es nicht packen. Wir sind hier in einem gnadenlosen internationalen Wettbewerb. Wenn ich mir durchschnittliche chinesische Studenten anschau und sie mit durchschnittlichen deutschen Studenten vergleiche, dann fragen Sie mal, wer da wohl mehr motiviert ist und wer andererseits wohl die höheren Ansprüche stellt! Das sind doch die Kernprobleme, die wir haben. Da können wir hier lange herumdiskutieren. Wenn die anderen Völker hungriger sind, strebsamer, arbeitsamer – das klingt ganz fürchterlich spießig, was ich jetzt sage –, dann macht das zuletzt deren Erfolg aus. Wir müssen diesen Hunger bei unseren Bürgern von neuem wecken, sonst haben wir keine Chance. Das müssen wir, glaube ich, einmal deutlich artikulieren.

*Die Chinesen haben eine ganz klare Strategie, wie sie in den Hightech-Bereich hineinkommen.*

**Carsten Schneider:** Meine beiden Vorschläge: Eine der Hauptursachen für Steuerausfälle ist die dezentrale Steuerverwaltung in den einzelnen Ländern, die Tatsache also, dass wir keine Bundessteuerverwal-

tung haben. Dadurch gehen uns bis zu 10 Mrd € pro Jahr verloren. Dazu gibt es ein Gutachten von PricewaterhouseCoopers und eines des Bundesrechnungshofes. Das zu verändern, ist der eine Punkt. Auf der Ausgaben-

*Eine der Hauptursachen für Steuerausfälle ist, dass wir keine Bundessteuerverwaltung haben.*

seite müssen wir andererseits beispielsweise entscheiden, ob wir all jene Transportflugzeuge brauchen, die EADS uns einst für 20 Mrd € liefern wollte, jetzt aber zu diesem Preis nicht mehr liefern will. Vielleicht brauchen wir die auch gar nicht mehr in der Größenordnung, müssen gar nicht die ganze Bundeswehr neu damit ausstatten. Ansonsten aber bleibe ich dabei: Sie können den Bundeshaushalt nicht allein von der Ausgaben-

seite her konsolidieren.

**Manuel Hartung:** Herr Börsch-Supan, was sind Ihre beiden Vorschläge?

**Axel Börsch-Supan:** Einen habe ich ja schon zum Besten gegeben. Mein anderer Vorschlag greift auf, was Herr Minister Unland gesagt hat. Letztlich kommt Wachstum aus dem Willen zur Verbesserung. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass wir uns dabei ausgerechnet mit einem kommunistischen Land vergleichen müssen – mit China. Dort sind Unternehmertum und Verantwortungsbewusstsein der Eltern für die

*In China ist das Verantwortungsbewusstsein für die Bildung der Kinder viel weiter entwickelt.*

Bildung ihrer Kinder sehr, sehr viel weiter entwickelt als hier, dort läuft das eben gerade nicht über den Staat.

Und ich kann nur bestätigen: Wenn man in eine chinesische Universität kommt, dann ist man ganz baff angesichts des geballten Ehrgeizes, der einem dort entgegenschlägt. Dagegen sind die Deutschen einfach sehr lau geworden. Und diesen Ehrgeiz zurückzugewinnen, ist etwas, das nur aus jedem selber kommen kann. Dazu kann die Politik vielleicht ein wenig



beitragen, aber letztlich ist es unsere persönliche Aufgabe, besonders als Eltern.

**Manuel Hartung:** Mir lässt dieser Satz von Peer Steinbrück mit der Jugend und den Protestplakaten einfach keine Ruhe. Meine Abschlussfrage geht deswegen zunächst an Sie, Herr Schneider, und Sie dürfen sie ausnahmsweise mit einem Slogan beantworten. Variieren wir die Sache ein wenig: Wenn Sie heute 75 Jahre alt wären, mit welchem Protestplakat gegen die jüngere Generation würden Sie dann auf die Straße gehen?

**Carsten Schneider:** Ich kann mich so schwer in diese Situation hineinversetzen.

**Manuel Hartung:** Wir geben Ihnen eine Sekunde zum Nachdenken. Herr Börsch-Supan, wenn Sie ein Babyboomer wären, 1964 geboren, was stünde auf Ihrem Plakat?

**Axel Börsch-Supan:** Dann wäre ich ja zehn Jahre jünger als ich jetzt bin, das wäre herrlich. Also, ich würde im Augenblick auf mein Protestplakat schreiben, Sie kennen das schon: „Schont meinen Enkel!“ – der hoffentlich nächste Woche geboren wird. *Auf meinem Plakat steht: „Schont meinen Enkel!“*

**Manuel Hartung:** Herr Weber, was würden Sie auf Ihr Plakat schreiben, wenn Sie heute 30 wären?

**Manfred Weber:** Es ginge in die gleiche Richtung wie der Aufruf von Herrn Börsch-Supan, aber weil ich Slogans nicht so gut formulieren kann wie er, würde ich vielleicht schreiben: „Gebt den jungen Leuten ihre Zukunft!“ *Ich würde schreiben: „Gebt den jungen Leuten ihre Zukunft!“*

**Manuel Hartung:** Herr Minister Unland, werden wir bei Ihnen noch jünger: Als 18-Jähriger, wenn Sie da als Mitglied der Jungen Union

vor dem Sächsischen Landtag eine Demonstration machen müssten, was stünde auf Ihrem Plakat?

**Georg Unland:** Ich würde gar kein Plakat machen, ich würde auch nicht demonstrieren, sondern würde genügend Eigeninitiative entwickeln, um diese Probleme anzugehen.

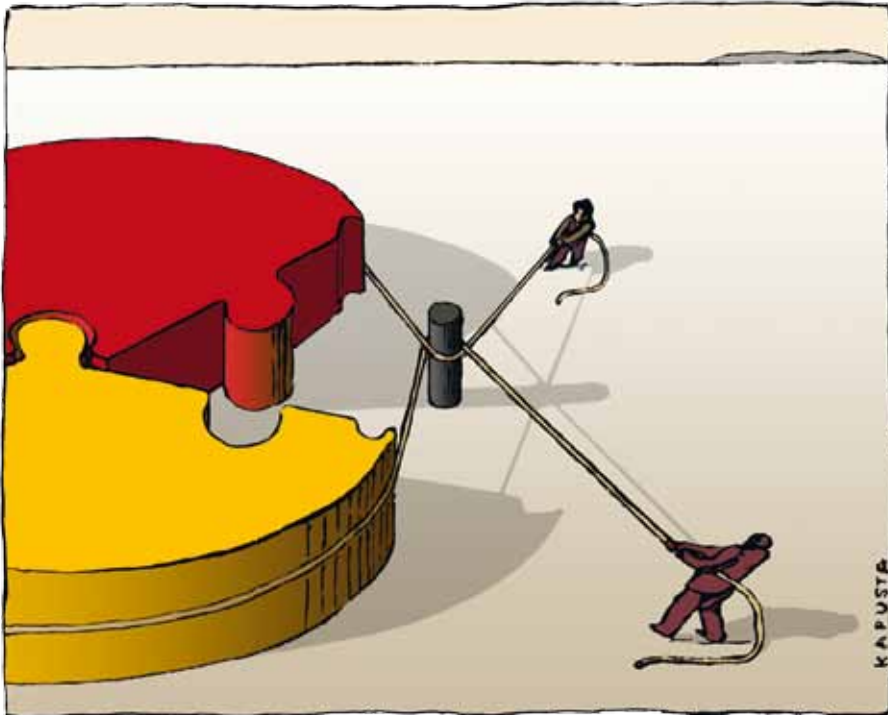
**Carsten Schneider:** Solange ich darüber nachdenke: Ich finde einfach keinen Slogan, weil ich dieses ganze Spaltungsgerede, Jung gegen Alt, falsch finde. Wenn ich Ältere treffe, dann wollen die im seltensten Fall an den Geldbeutel der Jüngeren heran. Deswegen: Lasst uns zusammenzuhalten. Mal ehrlich: Als ich meine Ausbildung gemacht

*Ich würde genügend Eigeninitiative entwickeln, um diese Probleme anzugehen.*

habe, da war es so, dass mir meine Oma etwas von ihrer Rente gegeben hat, damit ich einen alten Golf finanzieren konnte. Auf der Tasche gelegen hat sie mir also ganz bestimmt nicht. Und das ist wohl die Kehrseite derselben Medaille. Von daher, finde ich, wird manchmal ein bisschen zu hoch gegriffen mit diesem Generationenkrieg. Alle diese Schlagzeilen treffen, glaube ich, nicht die Lebensrealität der Zeit.

**Manuel Hartung:** Dann mache ich einen Vorschlag für Ihr Plakat, Herr Schneider, mit 75 Jahren: „Wir wollen nett zueinander sein!“ In diesem Sinne darf ich mich bei Ihnen hier auf dem Podium herzlich bedanken für die Einsichten und übergebe für das Schlusswort an Herrn Professor Weber.

*Ich finde dieses ganze Spaltungsgerede von  
Jung gegen Alt falsch. Deswegen:  
Lasst uns zusammenhalten! (Carsten Schneider)*



## Schlusswort

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Lassen Sie mich anknüpfen an das, was Herr Schneider soeben gesagt hat. Im Grunde zeigt genau das ja auch die bereits erwähnte Umfrage des Bankenverbandes: Wir haben, bis dato jedenfalls, noch

*Wir haben noch keinen Generationenkonflikt und sollten ihn auch nicht herbeireden. Die Erfahrung, die Sie, Herr Schneider, mit ihrer Großmutter gemacht haben, machen meine Kinder mit ihrer Großmutter heute noch ganz genauso. Da hat sich wohl nichts geändert.*

Aber ich erinnere mich auch an den Artikel in einer angesehenen deutschen Wochenzeitung zu unserem Thema, mit Aussagen von einzelnen Redakteuren dieser Zeitung, Pro und Contra, wo es unter anderem sinn- gemäß hieß: „Wann soll ich denn bitte schön einen Generationenvertrag unterschrieben haben? Davon ist mir nichts bekannt.“ Und angesichts einer solchen Stimmung halte ich es für wichtig, dass wir das Augenmerk immer wieder darauf richten, dass es Handlungsbedarf gibt. Das gilt auch

*„Wann soll ich einen Generationenvertrag unterschrieben haben? Davon ist mir nichts bekannt.“*

für jenen Ehrgeiz, über den zum Schluss mit Blick auf China diskutiert worden ist. Die Chinesen warten nicht auf uns. Deren Volkswirtschaft wächst dieses Jahr schon wieder um 10%. Und in der Tat, nicht nur mit Billigprodukten, die vielleicht hier und da für den heimischen Markt noch benötigt werden, sondern mit Hochtechnologie. Fahren Sie ins moderne Shanghai – die meisten Gebäude, die dort stehen, sind vor kurzem noch mit Hilfe ausländischer Statiker errichtet worden. Heute machen die Chinesen das schon selbst. Wir hingegen bekommen den Transrapid nicht auf die Schiene. Zukunftsfähigkeit muss man anders schaffen.

Meine Damen und Herren, ich danke allen Teilnehmern auf dem Podium, insbesondere unserem Moderator, Herrn Hartung. Ich danke aber auch dem Publikum für das Interesse und für die Fragen, die gestellt wurden. Auch wenn wir heute kein Problem gelöst haben mögen, so haben wir doch genügend Erkenntnisse gewonnen, über die nachzudenken und weiter zu diskutieren sich lohnt. Dazu möchte ich Sie herzlich einladen.

## Umfrage zur Generationengerechtigkeit

Im Vorfeld der Veranstaltung hat der Bankenverband eine repräsentative Umfrage in Auftrag gegeben. Die Daten wurden vom ipos-Institut Mannheim im September und Dezember 2009 unter 1.016 bzw. 2.503 Befragten ab 18 Jahren telefonisch erhoben.

### Die Ergebnisse im Überblick

Von einem Generationenkonflikt in der Gesellschaft kann bislang nicht gesprochen werden. Im Gegenteil: Unter den von den Deutschen wahrgenommenen Konflikten spielen Probleme zwischen Jung und Alt eine allenfalls untergeordnete Rolle.

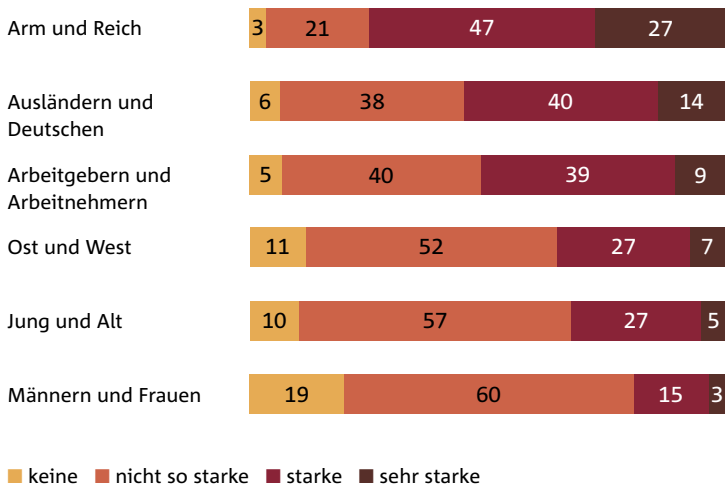
Auch wenn die Konflikte zwischen den Generationen derzeit kaum ausgeprägt sind, bedeutet das nicht, dass dies künftig so bleiben muss. Die ökonomischen Rahmenbedingungen, insbesondere die demographische Veränderung, weisen schon seit längerem auf eine Verschärfung der Interessengegensätze zwischen Jung und Alt hin. So sehen viele Deutsche dem künftigen Verhältnis der Generationen mit einiger Besorgnis entgegen, wenn sie an die Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland denken.

Zu den größten Zukunftsproblemen der jungen Generation zählen nach dem Urteil der Deutschen die wachsende Staatsverschuldung und die angespannte Finanzlage der Rentenkasse. Aber auch die Probleme bei Bildung und Ausbildung nennen die Befragten mehrheitlich.

## Vorerst kein Generationenkonflikt

Unter den von den Deutschen wahrgenommenen Konflikten spielen Probleme zwischen Jung und Alt eine allenfalls untergeordnete Rolle. Zwar sieht ein Drittel der Deutschen starke oder sehr starke Konflikte zwischen den Generationen, verglichen mit anderen Konflikten ist das aber ein sehr geringer Wert. In einer Liste sechs gesellschaftlicher Konflikte liegen die gefühlten Spannungen zwischen den Generationen auf dem vorletzten Platz.

„In unserer Gesellschaft gibt es zwischen ... Konflikte.“



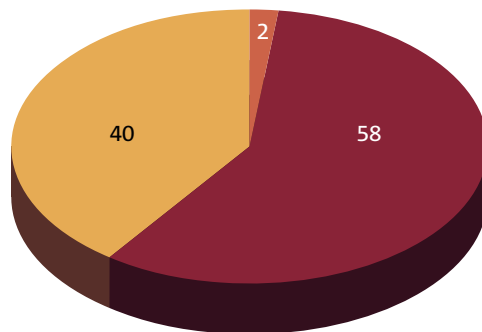
Quelle: Bankenverband; Befragung September 2009; Angaben in Prozent.

## Künftig wachsende Interessengegensätze ...

Mit Blick auf die Sozialversicherungen kommen auf absehbar weniger Beitragszahler höhere Kosten zu. Angesichts der sich abzeichnenden Finanzprobleme der Renten- und Krankenversicherung werden in Zukunft zunehmende Konflikte zwischen Jung und Alt befürchtet. Sechs von zehn Befragten erwarten künftig größere Konflikte zwischen den Generationen.

„Die Finanzierungsprobleme in der Renten- und Krankenversicherung werden zu größeren Konflikten zwischen Jung und Alt führen.“

- ja
- nein
- weiß nicht



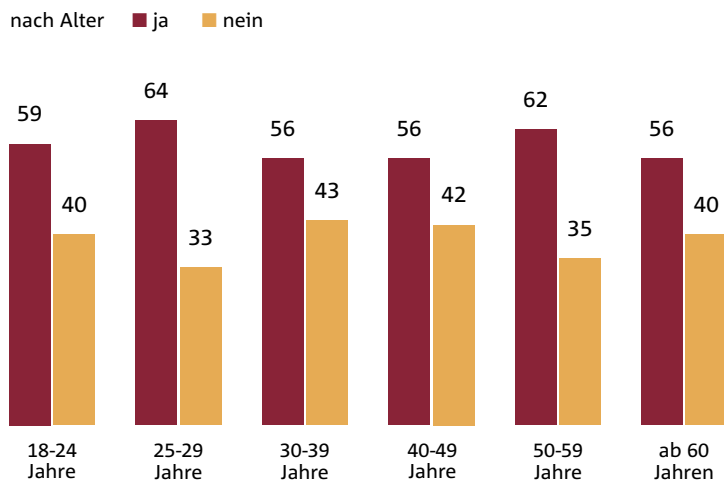
Quelle: Bankenverband; Dezember 2009; Angaben in Prozent.



## ... unabhängig vom Alter der Befragten erwartet

Die Befürchtung in Zukunft zunehmender Interessengegensätze zwischen den Generationen ist bei Jung und Alt gleichermaßen ausgeprägt. Obwohl Jüngere und Ältere von Finanzproblemen der sozialen Sicherungssysteme unterschiedlich betroffen wären, ist die Meinungsverteilung mit Blick auf mögliche Beeinträchtigungen des Generationenverhältnisses weitgehend vom Alter der Befragten unabhängig.

„Die Finanzierungsprobleme in der Renten- und Krankenversicherung werden zu größeren Konflikten zwischen Jung und Alt führen.“

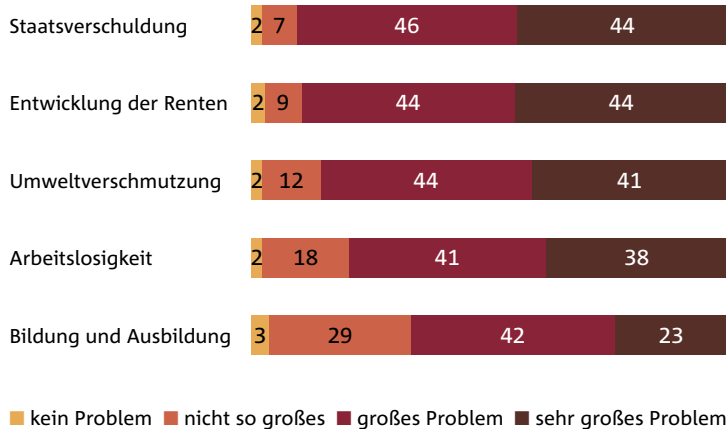


Quelle: Bankenverband; Befragung Dezember 2009; Angaben in Prozent.

## Zukunftsprobleme Verschuldung und Rente

Die wachsende Staatsverschuldung und die Entwicklung der Rentensituation zählen nach dem Urteil der Deutschen zu den größten Zukunftsproblemen der jungen Generation. In der Rangfolge fünf vorgegebener Themen kommen danach die langfristigen Konsequenzen der Umweltverschmutzung sowie die schlechte Situation auf dem Arbeitsmarkt. Als Belastung für die junge Generation sehen immerhin noch zwei Drittel der Befragten die Probleme bei Bildung und Ausbildung.

„Wie problematisch ist/sind ... für die junge Generation?“



Quelle: Bankenverband; Dezember 2009; Angaben in Prozent.

## **Kurzbiographien der Redner und Gastgeber**

**Axel Börsch-Supan**, geboren 1954 in Darmstadt, ist seit der Gründung im Jahr 2001 Direktor des Mannheim Research Institute for the Economics of Aging der Universität Mannheim. Nach einem Diplomstudium der Volkswirtschaftslehre und Mathematik in München und Bonn promovierte er 1984 am Massachusetts Institute of Technology. Anschließend lehrte Börsch-Supan als wissenschaftlicher Assistent an der John F. Kennedy School of Government der Harvard University in Cambridge, Massachusetts. Im Jahr 1987 übernahm er den Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie an der Universität Dortmund und folgte 1989 dem Ruf auf eine Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Makroökonomik an die Universität Mannheim.

**Manuel Hartung**, geboren 1981 im hessischen Fritzlar, ist seit Juli 2007 Chefredakteur von „Zeit Campus“, dem Studentenmagazin der Wochenzeitung „Die Zeit“. Derzeit ist er McCloy Scholar an der Kennedy School der Harvard University. Sein Studium in Geschichte, Jura und Psychologie an der Universität Bonn und der New York University schloss Hartung mit dem Magister Artium ab. Nach dem Besuch der Henri-Nannen-Journalistenschule in Hamburg wurde er 2004 Redakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“ und berichtete vor allem über hochschulpolitische Themen. Der Axel-Springer-Preisträger des Jahres 2005 ist Mitglied des Think Tank 30 der Deutschen Gesellschaft des Club of Rome.

**Hans-Kornel Krings**, geboren 1950 in Baden-Baden, ist seit 1998 Vorsitzender der Geschäftsleitung Firmenkunden Berlin der Dresdner Bank. Seit Anfang 2009 ist er in gleicher Funktion für die Commerzbank tätig. Mitte 2008 übernahm er auch die Funktion des Vorsitzenden des Vorstandes des Ostdeutschen Bankenverbandes. Nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Dresdner Bank studierte er Wirtschaftswissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen. 1978 kehrte Krings zur Dresdner Bank zurück und übernahm in den folgenden Jahren vielfältige Führungsaufgaben für die Bank.

**Carsten Schneider**, geboren 1976 in Erfurt, ist seit 2005 haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecher der SPD-Landesgruppe Thüringen. Nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Volksbank Erfurt war er für die dortige Sparkasse tätig. 1995 trat Schneider in die SPD ein, und seit 1998 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages. Schneider ist Mitglied des Haushaltsausschusses, der parlamentarischen Kontrollgremien zum Finanzmarktstabilisierungsfonds und zur Schuldenaufnahme sowie stellvertretendes Mitglied des Finanzausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie.

**Georg Unland**, geboren 1953 in Bocholt, ist seit Juni 2008 Sächsischer Staatsminister der Finanzen. Nach einem Studium des Maschinenbaus an der Technischen Hochschule Darmstadt promovierte er 1980 in der gleichen Fachrichtung. Anschließend war er bis 1993 unter anderem bei der Krupp Polysius AG in Neubeckum, Westfalen, sowie als Geschäftsführer der amerikanischen Tochtergesellschaft, der Polysius Corporation, tätig. 1993 folgte er dem Ruf als Professor für Maschinenbau mit der Spezialisierung Aufbereitungsmaschinen an die Technische Universität Bergakademie Freiberg, deren Rektor er im April 2000 wurde. Von 2003 bis 2007 war Unland Vorsitzender der sächsischen Landeshochschulkonferenz.

**Manfred Weber**, geboren 1950 im bayerischen Altkofen, ist seit 1992 Hauptgeschäftsführer und seit 1997 Geschäftsführender Vorstand des Bundesverbandes deutscher Banken in Berlin. Nach einem Studium der Nationalökonomie und der Promotion an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main arbeitete er von 1980 bis 1985 in der Hauptabteilung Volkswirtschaft der Deutschen Bundesbank. Von 1986 bis 1991 leitete er das Büro des Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank. Anschließend war Weber bis 1992 bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel tätig. Seit Januar 2004 hat er eine Honorarprofessur an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam inne.

## Teilnehmer des Symposiums

<b>Arnade, Dr. Rolf B.</b>	Rechtsanwalt, Dresden
<b>Behre, Rolf</b>	Geschäftsführer, Bankenverband Bremen
<b>Bethge, Iris</b>	Mitglied der Geschäftsführung, Bundesverband deutscher Banken, Berlin
<b>Beyer, Hans-Dietmar</b>	Geschäftsführer, desaNet Telekommunikation Sachsen Ost GmbH, Dresden
<b>Biesok, Carsten Winfried</b>	Mitglied des Sächsischen Landtages, Dresden
<b>Börsch-Supan, Ph. D., Prof. Axel</b>	Direktor, Mannheim Research Institute for the Economics of Aging, Universität Mannheim
<b>Brewka, Christoph</b>	Leiter der Niederlassung Berlin, BHF-BANK AG
<b>Brückmann, Dr. Annette</b>	Privatdozentin, Ullersdorf
<b>Damm, Friedbert</b>	Direktor, Deutsche Bank AG, Dresden
<b>Donsbach, Eva</b>	Direktorin, Bankhaus Lampe, Dresden
<b>Duarte Martinez, Evelyn</b>	Geschäftsführerin, FEP Dienstleistungs- gesellschaft mbH, Pirna
<b>Eckerscham, Steffen</b>	Geschäftsführer, MEGWARE Computer Vertrieb und Service GmbH, Chemnitz
<b>Elsner, Klaus J.</b>	Geschäftsführer, Bankenverband Hessen, Frankfurt am Main
<b>Fiedler, Aline</b>	Mitglied des Sächsischen Landtages, Dresden

<b>Förster, Jörg</b>	Stv. Kreisvorsitzender, Junge Union, Kreisverband Bautzen
<b>Franke, Markus</b>	Persönlicher Referent des Ministerpräsidenten, Sächsische Staatskanzlei, Dresden
<b>Freund, Uwe</b>	Executive Vice President, Telefunken Solar AG, Dresden
<b>Freytmuth, Gerhard</b>	Geschäftsführer, VEM Sachsenwerk GmbH, Dresden
<b>Geißler, Dr. Nils</b>	Referatsleiter, Sächsisches Staatsministerium für Kultus und Sport, Dresden
<b>Glaesel, Werner</b>	Referent, Fraktion Die Linke, Sächsischer Landtag, Dresden
<b>Göbl, Stephan</b>	Pressesprecher, Sächsisches Staatsministerium der Finanzen, Dresden
<b>Gottschaldt, Jochen</b>	Referent, CDU-Fraktion, Sächsischer Landtag, Dresden
<b>Großer, Enrico</b>	Ostdeutscher Bankenverband, Berlin
<b>Hagenloch, Ulrich</b>	Präsident, Oberlandesgericht Dresden
<b>Hanke, Wolfgang</b>	Geschäftsführer, Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden
<b>Hartung, Manuel</b>	Chefredakteur, Zeit Campus, Hamburg
<b>Heigl, Franz Josef</b>	Präsident, Sächsischer Rechnungshof, Leipzig

## **Teilnehmer des Symposiums**

<b>Heimann, Paul</b>	Mitglied der Geschäftsleitung Region Ost, Commerzbank AG, Dresden
<b>Hinkelmann, Dr. Rolf</b>	Aufsichtsrat, Sächsische Wohnungsgenossenschaft Dresden
<b>Holz, Fredi</b>	Referatsleiter, Sächsische Staatskanzlei, Dresden
<b>in't Veld, Ronja</b>	Schülerin, Romain-Rolland-Gymnasium, Dresden
<b>Kaiser, Kristian</b>	Redakteur, Sachsen Fernsehen GmbH & Co. Fernseh-Betriebs KG, Dresden
<b>Kammerschen, Bernd Dietmar</b>	Direktor, Sächsische Landesstiftung Natur und Umwelt, Dresden
<b>Kau, Dr. Wolfgang</b>	Rechtsanwalt, Dresden
<b>Klotzsche, Manuela</b>	Bund der Ruheständler, Rentner und Hinterbliebenen, Landesverband Sachsen, Dresden
<b>Klotzsche, Dr. h.c. Peter</b>	Bund der Ruheständler, Rentner und Hinterbliebenen, Landesverband Sachsen, Dresden
<b>Krasselt, Gernot</b>	Mitglied des Sächsischen Landtages, Dresden
<b>Krauß, Alexander</b>	Mitglied des Sächsischen Landtages, Dresden
<b>Krejčíková, Jarmila</b>	Generalkonsulin der Tschechischen Republik, Dresden
<b>Kuhrau, Dr. Martin</b>	Büroleiter, CDU-Fraktion, Sächsischer Landtag, Dresden



<b>Kurpan, Oliver</b>	Filialleiter, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, Dresden
<b>Leinhoss, Gunter</b>	Verlagsleiter, Spiesser GmbH, Dresden
<b>Lenga, Dörte</b>	Teamleitung Geschäftskunden, Marktregion Dresden, Deutsche Bank AG, Dresden
<b>Lerchl, Ulrike</b>	Geschäftsführerin, Werbeagentur Oberüber/Karger, Dresden
<b>Lindner, Udo</b>	Stv. Chefredakteur, Freie Presse, Chemnitz
<b>Lohse, Michael</b>	Präsident, Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen, Chemnitz
<b>Mathea, Christian</b>	Redakteur Wirtschaft, news.de GmbH, Leipzig
<b>Meyer, Barbara</b>	Abteilungsleiterin, Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dresden
<b>Meyer-Wyk, Barbara</b>	Sächsisches Staatsministerium für Kultus und Sport, Dresden
<b>Meyer-Wyk, Claus Ludwig</b>	Rechtsanwalt, Dresden
<b>Miethke, Nora</b>	Stv. Ressortleiterin Wirtschaft, Sächsische Zeitung, Dresden
<b>Muche, Agnes</b>	Vorsitzende des Vorstandes, Aktion Zivilcourage, Pirna

## **Teilnehmer des Symposiums**

<b>Müller, Klaus</b>	Geschäftsführer, Kreiswerke Bautzen Wasserversorgung GmbH, Bautzen
<b>Müller, Thomas</b>	Vorsitzender des Vorstandes, Dresdner Volksbank Raiffeisenbank eG
<b>Niebergall, Inge</b>	Mitglied der Geschäftsführung, Bundesverband deutscher Banken, Berlin
<b>Noltze, Karl</b>	Präsident, Landesdirektion Chemnitz
<b>Nothnagel, Gislind</b>	Ingenieurbüro Spectrum-Engineering, Freital-Pesterwitz
<b>Nothnagel, Peter</b>	Referatsleiter, Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dresden
<b>Patt, Peter Wilhelm</b>	Mitglied des Sächsischen Landtages und Vorsitzender des Deutschen Familien- verbandes, Landesverband Sachsen, Chemnitz
<b>Pohl, Johannes</b>	Geschäftsführer, Stadtentwässerung Dresden GmbH
<b>Pohler, Dr. Matthias</b>	Geschäftsführer, Tele-Kabel-Ingenieur- gesellschaft mbH, Chemnitz
<b>Poppe, Hans Christoph</b>	Präsident, Deutsche Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig
<b>Puschmann, Hellmut</b>	Prälat, Vorsitzender, Caritasverband für das Bistum Dresden-Meißen, Dresden
<b>Radloff, Wolfgang</b>	Geschäftsführer, DAS Environmental Expert GmbH, Dresden

<b>Raschke, Olaf</b>	Oberbürgermeister, Große Kreisstadt Meißen
<b>Reißmann, Dr. Eberhard</b>	Geschäftsführer, XENON Automatisierungstechnik GmbH, Dresden
<b>Renner, Wolfgang</b>	Stv. Landesvorsitzender, Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, Dresden
<b>Rößler, Dr. Matthias</b>	Präsident, Sächsischer Landtag, Dresden
<b>Rogge, Arnold</b>	Gymnasiallehrer, Romain-Rolland-Gymnasium, Dresden
<b>Rohwer, Lars</b>	Mitglied des Sächsischen Landtages, Dresden
<b>Säuberlich, Prof. Hans</b>	Geschäftsführer, Landesverband des Sächsischen Groß- und Außenhandels/ Dienstleistungen, Dresden
<b>Salewski, Manuela</b>	Hauptabteilungsleiterin Wirtschaftsförderung, Handwerkskammer Dresden
<b>Sandner, Lorenz</b>	Geschäftsführer, ZASA Elektro GmbH, Chemnitz
<b>Saß, Michael</b>	Ostdeutscher Bankenverband, Berlin
<b>Schenk, Oliver</b>	Abteilungsleiter, Sächsisches Staatsministerium für Justiz und Europa, Dresden
<b>Schneider, Carsten</b>	Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin
<b>Schneider, Dr. Gerlinde</b>	Präsidentin, Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen Sachsen, Dresden

## **Teilnehmer des Symposiums**

<b>Schneider, Dr. Gottfried</b>	Stv. Amtsleiter, Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt des Landkreises Meißen
<b>Schubert, Michael</b>	Pfarrer, Vorsitzender, Evangelische Allianz Dresden
<b>Sendler, Ulrike</b>	Lehrbeauftragte, Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden
<b>Stein, Beate</b>	Vorsitzende des Vorstandes, Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft Dresden-Ost
<b>Thürmer, Dr. Lothar</b>	Referatsleiter, Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dresden
<b>Twickel, Kyrill Freiherr von</b>	Finanzdirektor, Bistum Dresden-Meißen, Dresden
<b>Uhlig, Lutz</b>	Prokurist, Kommunalentwicklung Mitteldeutschland GmbH, Dresden
<b>Unland, Prof. Dr.-Ing. Georg</b>	Staatsminister, Sächsisches Staatsministerium der Finanzen, Dresden
<b>Vorjohann, Hartmut</b>	Bürgermeister, Landeshauptstadt Dresden
<b>Vulpus, Dr. Carola</b>	Richterin, Verwaltungsgericht Dresden
<b>Wagner-Wieduwilt, Klaus</b>	Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Ostdeutscher Bankenverband, Berlin
<b>Walter, Dr. Norbert</b>	Referatsleiter, Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dresden

<b>Weber, Prof. Dr. Manfred</b>	Geschäftsführender Vorstand, Bundesverband deutscher Banken, Berlin
<b>Weiss, Dr. Carmen</b>	Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Technische Universität Dresden
<b>Weiss, Otfrid</b>	Ministerialrat a. D., Dresden
<b>Werkstätter, Dr. Peter</b>	Geschäftsführer, Verband der Nord- Ostdeutschen Textil- und Bekleidungs- industrie, Chemnitz
<b>Wiemer, Annemarie</b>	Abteilungsleiterin, Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dresden
<b>Wild, Prof. Dr. Karl</b>	Fachbereich Landbau/Landespflege, Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden
<b>Wilhelm, Dr. Michael</b>	Staatssekretär, Sächsisches Staatsministerium des Innern, Dresden
<b>Wolf, Hermann</b>	Geschäftsführer, Photonics MZD GmbH, Dresden

## In der Reihe „Deutsche Fragen“ zuletzt erschienen:



### **Kraftakt Krisenbewältigung: Was hilft, was ist finanzierbar, was gerecht?**

Symposium des Bundesverbandes  
deutscher Banken und des  
Bayerischen Bankenverbandes  
Mai 2009



### **Ökonomische Bildung: Wie lernen Schüler Soziale Marktwirtschaft?**

Symposium des Bundesverbandes  
deutscher Banken, Berlin  
Juni 2008



### **Finanzbeziehungen der Länder: Gelingt der Durchbruch zu mehr Wettbewerb?**

Symposium des Bundesverbandes  
deutscher Banken mit dem Bankenverband  
Schleswig-Holstein und der  
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel  
Januar 2008



### **Wie schaffen wir stabiles Wachstum für mehr Beschäftigung?**

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken mit dem Bankenverband Rheinland-Pfalz und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz  
Dezember 2007



### **Wie kommt der Staat aus der Schuldenfalle?**

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken mit dem Bankenverband Baden-Württemberg und der Universität Mannheim  
Juli 2006



### **Wie findet Europa zu neuer Dynamik?**

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken und des Bankenverbandes Hamburg  
November 2005



**Wachstumsorientierte Steuerpolitik – Illusion oder realistische Perspektive?**  
 Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken mit dem Ostdeutschen Bankenverband und der Universität Erfurt  
 Oktober 2004



**Bürokratie abbauen – aber wie?**  
 Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken mit der Bankenvereinigung Nordrhein-Westfalen und der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn  
 Juli 2004



**Reformblockaden aufbrechen – den Föderalismus neu gestalten**  
 Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken mit dem Ostdeutschen Bankenverband und der Universität Leipzig  
 September 2003





**Aufbau Ost: Was bringt die neuen Länder voran?**

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken mit dem Ostdeutschen Bankenverband und der Universität Potsdam  
 Oktober 2002



**Was muss Wirtschaftspolitik leisten?**

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken mit dem Bankenverband Hessen und der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main  
 März 2002



**Wie viel Eigenverantwortung brauchen wir?**

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken und der Universität des Saarlandes  
 September 2001



**Was bringt die digitale Zukunft?**  
Symposium des Bundesverbandes  
deutscher Banken und der  
Universität Hannover  
April 2001



**Welche Bildung für morgen?**  
Symposium des Bundesverbandes  
deutscher Banken und der  
Technischen Universität Dresden  
Oktober 2000



**Welche Zukunft hat der Mittelstand?**  
Symposium des Bundesverbandes  
deutscher Banken und der  
Universität Bremen  
Mai 2000

*Schutzgebühr jeweils 4,- €.*

*Kostenloser Download im Internet unter [www.deutsche-fragen.de](http://www.deutsche-fragen.de).*

*Impressum*

*Herausgeber: Bundesverband deutscher Banken  
Internet: [www.bankenverband.de](http://www.bankenverband.de)  
[www.deutsche-fragen.de](http://www.deutsche-fragen.de)*

*Redaktion: Wolfgang Haaß  
Telefon: 030 1663-1540  
E-Mail: [deutsche-fragen@bankenverband.de](mailto:deutsche-fragen@bankenverband.de)*

*Gestaltung: Schmidt & Schumann, Dresden*

*Illustrationen: Janusz Kapusta*

*Lithografie*

*und Satz: CCP Kummer & Co. GmbH, Dresden*

*Berlin, Mai 2010*

